Sozialdemokratische Partei
Kanton Solothurn

Jahresberichte 2014 – 2016

„Ungerecht ist, dass man Arbeit versteuern muss, nicht aber Kapitalgewinne.“

Otto Stich
Bundesrat von 1984 bis 1995

*10. Januar 1927; † 13. September 2012

Gestaltung und Bilder
Niklaus Wepfer, Parteisekretär

April 2016

Rossmarktplatz 1, Postfach 1555
4502 Solothurn, 032 622 07 77

Inhaltsverzeichnis

Bericht der Präsidentin 4
Fachausschuss „Gesundheit und Soziales" 8
Fachausschuss „Energie" 8
Fachausschuss „Justiz und Polizei" 9
Fachausschuss „Migration und Integration" 9
Fachausschuss „Bildung" 10
Fachausschuss „Finanzen und Wirtschaft" 11
Beschwerde- und Schiedskommission 12
Bericht der Kantonsratsfraktion 13
Bericht des Parteisekretariats 20
Mitgliederentwicklung 23
Parteitage und Medienmitteilungen 23
24. April 2014 – Frühlingsparteitag in Trimbach 26
31. August 2014 - Solothurn 32
23. Oktober 2014 - Zuchwil 36
29. Januar 2015 - Olten 40
28. März 2015 – Grenchen - Nominationsparteitag 45
Parteitag vom 21. Mai 2015 – Starrkirch-Wil 51
Parteitag vom 19. Oktober 2015 - Solothurn 54
Parteitag vom 28. Januar 2016 - Dulliken 56
Pressekonferenzen 63
Anlässe 63
Aktuell aus Bern mit Bea Heim, Philipp Hadorn und Roberto Zanetti 63
Sektionentreff 63
Willi Ritschard-Bildungswerkstatt (WRB) 63
OK 125 Jahre SP Kanton Solothurn 65
Wahlausschuss 2015 70
Geschäftsleitung 70
Vernehmlassungen 71
Weitere Infos: 71
Momentaufnahmen aus 125 Jahren SP Kanton Solothurn 72

Bericht der Präsidentin

Franziska Roth, Präsidentin SP Kanton Solothurn

Liebe Genossin, lieber Genosse, in meinem letzten Bericht redete ich von Sachen. Von Halben und Ganzen. Nach weiteren zwei Jahren darf ich diesen Sachen Stand geben und das - so viel vorweg – nur dank der Stärke von Dir.

Der Hauptbestand meiner Arbeit in den vergangen zwei Jahren lag darin, zusammen mit Euch den Ständeratssitz und die beiden Nationalratssitze zu halten. Und wir haben reüssiert! Mit unserer Basiskampagne erreichten wir mit unzähligen Telefonaten mehr als drei Tausend Menschen in unserem Kanton. Allen Unkenrufen zum Trotz, sowohl den internen die sich gegen das Telefonieren gewehrt haben wie auch den Externen, die uns aufgrund unserer menschenwürdigen, sozialen Politik als Träumer und Weltfremde darstellten. Die SP Kanton Solothurn hat 1,7% zugelegt. Die SP war bei den Leuten und hat Leute!

Den Aufstand unserer Vorfahren führen wir mit unserem Handeln fort. 1890 wurde von den Arbeitnehmern aus dem damals gemeinsamen Roten Faden mit den Liberalen ein Rotes Tuch gewoben, das man den Industriellen und Gewerblern vorhalten konnte. Wie sieht es heute aus? Fragte man mich anlässlich eines Interviews bei der Zeitung. Habt ihr noch Faden um am Roten Tuch zu weben oder verblasst es zu einem weissen Handtuch das ihr nach, unbestritten vielen sozialen Errungenschaften nun in den politischen Ringt werfen müsst, weil ihr 125 Jahre alt und müde seid?
Und Hand auf's Herz, konstatierten die Journalisten weiter: der kämpferische Ton vom Roten Mephisto anno 1912 scheint etwas verhallt. Wenn man euch in Parlament und Regierung so zuhört, dann hat man das Gefühl, man versteht sich und hat es gut miteinander!
Sich verstehen heisst nicht per se einverstanden zu sein! Es ist nicht die Aufgabe der Politikerinnen und Politiker es untereinander gut zu haben. Das 125 Jahre Bestehen der Sozialdemokratie muss darum dazu benutzt werden, Klartext zu reden, anzuprangern und nicht aus Lust an der Feier zu schweigen, sondern aus Bereitschaft zum Kampf gegen Ungerechtigkeit, Unsolidarität und Unfreiheit zu reden.

Mit Anstand haben wir uns unbequemen ja sogar unanständigen Fragen und Forderungen gestellt. Damit die SP sich verlautbaren kann müssen wir „Rede mitenang!" Als Sozialdemokraten dürfen wir uns zeigen lassen! Als Sozialdemokraten müssen wir uns bewegen und nicht im Weg herumstehen. Als Sozialdemokraten müssen wir von Tür zu Tür, von Beiz zu Beiz und mitreden. Wir müssen zeigen, dass wir nicht nur Solidarität und Gerechtigkeit auf unsere Wahlfahne schreiben, sondern auch 4 Jahre lang so handeln und das mit Überzeugung! Die SP wird nicht nur von denen gewählt, die gleich denken wie wir, sondern auch von denen, die uns reden hören wollen, bevor sie sich für eine Abstimmung entscheiden. Man will,

dass sich die SP verlautbaren lässt, wir sind Meinungsmacher. Wir müssen provokative Thesen anschlagen und diese intern gegensätzlich diskutieren.

Wir haben den Tatbestand erbracht und gezeigt, dass politisches Handeln nützt! Dass Politik kein notwendiges Übel ist, sondern nötig! Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass wir als für mehr verantwortlich sind als für uns selbst, wir wissen, dass wir nicht nur im eigenen Namen sprechen sondern für alle die nicht privilegiert sind, für diejenigen bei denen Solidarität und Gerechtigkeit noch nicht Wirklichkeit ist und somit auf Veränderung und mit ihr auf Widerstand in unserem Land hoffen, weil das was wir bis jetzt erreicht haben, noch nicht solidarisch und gerecht genug ist.

Mit gelebtem Widerstand boten wir die Stirn. Wir haben nicht vergessen wie es geht sich gegen Ungerechtigkeit und Hetze zu wehren. Wir ergriffen erfolgreich das Referendum gegen die Kürzung der Prämienverbilligung. 53% der Stimmbevölkerung zeigten sich solidarisch und gerecht. Sie sagten Nein zur unfairen Änderung des Sozialgesetzes, das die Prämienverbilligung um 7 Millionen kürzen wollte und somit JA zu unserem vorausgegangen sozialdemokratischen Handeln. Viele der Abstimmenden erhalten mit Sicherheit nicht Prämienverbilligung, aber sie wussten: Mit der massiven Kürzung wären mehr Menschen von Armut gefährdet. Wir haben den Leuten gesagt, dass wenn wir uns nicht heute für soziale Gerechtigkeit einsetzen, wir morgen als Gesellschaft einen viel zu hohen Preis bezahlen. Wir haben mit unserem Widerstand diejenigen an die kurze Leine genommen, die soziale Gerechtigkeit mit Füssen treten. Warum ist dieser Widerstand möglich gewesen?

Dank Deinem Beistand! Du hast als Basismitglied erneut bewiesen, dass die gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier nur die Spitze des Eisberges der Roten Politik sind, der den Untergang des Luxusdampfers, beladen mit Sonderinteressen und Privilegien für Wenige, einleiten kann. Die Wirkliche Kraft unserer Sozialdemokratischen Partei liegt wie beim Eisberg in den 7/8 unter dem Meerspiegel, in unserer Basis, bei Dir. Erlaubt mir stellvertretend für den Einsatz von euch allen einen Namen und somit einen Genossen herauszupicken und somit Euch allen Danke zu sagen: Danke Urs Jordi! Du hast unsere „SP und somit unseren Widerstand für mehr Solidarität und Gerechtigkeit zu de Lüt brocht". An einem Morgen riefst Du Nik an und verlangtest Referendumsbögen. Nik stellte sie Dir zu und innert weniger Stunden hast Du alleine über 100 Unterschriften aus deinem Dorf Horriwil und Umgebung, einer sicher nicht gerade roten Hochburg, beisammengehabt und sie Nik überbracht. Wahnsinn! Und genau das ist es was es braucht: Das politische Handeln vor Ort.

Unser Bestand kann sich sehen lassen! Liebe Genossinnen und Genossen es ist schön bei euch zu sein und ihr habt meinen vollen Respekt für eure unermüdliche Arbeit in den Sektionen! In meinem Jahresbericht rede ich von Wörtern mit Stand! Liebe Genossinnen und Genossen, wenn andere

den Kopfstand machen oder per Handstand versuchen Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit aus dem Stehen zu kippen kämpft ihr mit Standfestigkeit dagegen an. Ihr seid präsent um mit flammenden Worten schlechte Umstände zu beanstanden und mit zündenden Ideen spinnt ihr bis in die äusserste Region unseres Kantons den roten Faden!

Auf dem Prüfstand stehen wir dennoch. Ich will nicht alles Schönreden. Es gibt leider auch einige Sektionen mit Schwierigkeiten, mit Menschen, die stets willens sind, nicht nur den Puls der Basis zu fühlen, sondern den ihrer Sektion am Abflachen zu hindern. Es gibt Genossinnen und Genossen, die Nik schreiben, dass sie mit ihrem Latein am Ende sind. Dort wo Früchte entstehen, kann ab und zu auch mal der Wurm drin sein. Das gehört dazu. Wichtig ist aber, dass man nicht den ganzen Apfel oder die halbe Birne wegschmeisst, sondern mit gezielter Hilfe zum Beispiel von der Kantonalpartei die Struktur der Frucht zu erhalten versucht, nicht nachlässt und dennoch Anlässe organisiert! Es ist wichtig, auch in den Sektionen wo im Moment Probleme anstehen wieder mit Engagement unsere drei Grundwerten Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit verteidigt werden. Die Kantonalpartei ist gerne bereit wo immer möglich Hand zu bieten und nach Lösungen zu suchen. Wir brauchen euch und ihr dürft auf uns zählen!

Ihr habt den Sachverstand! Darauf können wir im Kanton und darauf kann ich als Präsidentin bauen! Eurer Arbeit ist es zu verdanken, dass wir eine starke Kantonalpartei sind! Euer Einsatz zu Gunsten eines Spielplatzes auf dem Dorfplatz, Tempo 30 durch eure Quartiere, zum Schutz des Ortsbilds eures Dorfes, für sichere Schulwege, für eine Integration von Migrantinnen aus dem Quartier die diesen Namen verdient oder einfach nur für mehr Geld für die neue Multimediaanlage im Schulhaus. Ich höre euch an euren Versammlungen, zu denen ich als Gast kommen darf wirklich sehr gerne zu.
Ich bin Feuer und Flamme, wenn ich euren Kommissionsmitgliedern beim „Futtere" über zum Beispiel die Anschaffung von Material für den Werkhof und dieses im Ausland bestellt wird, statt bei den regionalen Betrieben, über die versuchte Ausgabenkürzung bei der Spitex oder einfach nur über die Idee anderer Kommissionsmitglieder, dass man den Beitrag an die Schulreisen und Skilager zu Gunsten des Steuerfusses streichen soll. Und ich bin glücklich, wenn ich erfahre, dass alle diese Kommissionsmitglieder diesen Einsatz aus tiefster Überzeugung in ihrem Dorf zu Gunsten der Allgemeinheit und somit für alle statt für wenige leisten.

Mein Verstand sagt mir, dass Politik die Aufgabe hat, die Schweiz zu verändern immer und immer wieder! Der Erfolg unseres Landes beruht zu einem grossen Teil auf unserer gemeinsam Roten Politik, die wir in den letzten 125 Jahren gemacht haben. Unser Erfolg beruht darauf, dass das Ziel von unserer Roten Politik nicht die Wirtschaftlichkeit ist, sondern der Mensch. Dank unserem Einsatz ist in unserer Schweiz Gerechtigkeit nicht

subjektiv. Wir sind ein Volk, in dem die Schwächsten den Massstab für Gerechtigkeit sein müssen. So steht es in der Bundesverfassung.
Das durften wir anlässlich unseres Jubiläums beweisen.

Mein Gemütszustand zeigt mir, dass ich noch immer mit Haut und Haar, mit Herzblut und Neugierde meine Arbeit als Präsidentin in Angriff nehme. Situationen in der Welt, die verändert werden sollten, werden meist von solchen zementiert, die den Anstand nicht besitzen. Da wird ab und zu auf die Person, statt auf die Sache geschossen. Damit ich den **Fortbestand** meiner Arbeit leisten kann, muss ich ein Stück weit unverletzbar bleiben. Ein Gradmesser, wie es um meinen **Allgemeinzustand** steht ist der Humor. Und den habe ich weder verloren, noch vernachlässigt. Dass dem so ist, verdanke ich einerseits Nik Wepfer und Hardy Jäggi die mir nicht nur eine Parteileitung mit Sachverstand, Biss und hervorragendem Netzwerk sind, sondern auch wahre Freunde. Andererseits verdanke ich sie der GL, alles Menschen die Offenheit und Vertrauen leben und Dir, dem Basismitglied das mich zielgerichtet und engagiert unterstützt. Ich darf auf zwei Jahre im **Glücksstand** zurückblicken. Ich danke an dieser Stelle allen aufrichtig für ihr Mittun und die wunderbare Freundschaft.

Fachausschuss „Gesundheit und Soziales"

Reiner Bernath, Präsident

Die AG hat sich 2013 und 2015 getroffen, zu Beginn und zur Mitte der Legislatur 2013-17. Beide Male ging es um die Frage, wo wir mit den kantonalen sozial- und gesundheitspolitischen Themen stehen. Dazwischen, am 8. März 2015, konnte das Volk erneut über die **Verbilligung der Krankenkassenprämien** abstimmen: erfolgreich wehrte sich die SP gegen die Kürzung. Unsere Arbeitsgruppe hat die Grundlagen dazu aufgearbeitet: vor allem Familien mit kleinen und mittleren Einkommen sollen weiterhin eine gute Prämienverbilligung erhalten.
Das Erfolgsmodell „**Ergänzungsleistungen für Familien**" soll weitergeführt werden. Das Fernziel ist das Anheben der Altersgrenze von 6 auf 12 Jahre.
Die Lücken bei der **Spitex** sollen geschlossen werden: alle Gemeinden sollen eine gute Spitex mit Nacht- und Notfalldienst und mit Ausbildungsverpflichtung anbieten. Eine Kantonalisierung der Spitex mit einem Spitexgesetz ist anzustreben. Gleich lange Spiesse für die öffentliche und die private Spitex.
Dies waren und sind die Schwerpunktthemen unserer Arbeitsgruppe. Die SP-KantonsrätInnen bleiben dran.

Mitglieder Fachausschuss:
Reiner Bernath, Anna Rüefli, Evelyn Borer, Fränzi Burkhalter-Rohner, Hardy Jäggi, Miryam Abebe, Bea Heim, Marcel Chatelain, Ida Waldner

Fachausschuss „Energie"

Fabian Müller, Präsident

Am 18. Mai 2014 hat die Solothurner Bevölkerung mit 58% einer Verfassungsänderung, welche die Verankerung der erneuerbaren Energien in der Kantonsverfassung verlangt, befürwortet. Ein halbes Jahr später hat der Souverän die Änderung des kantonalen Energiegesetzes für ein Verbot von Elektroheizungen mit 51.6% Ja-Stimmen unterstützt. Grundlage beider Abstimmungen sind Vorstösse, die der Fachausschuss Energie erarbeitet und anschliessend von unseren Mitgliedern im Kantonsrat erfolgreich eingebracht wurden.

Zusätzlich befasste sich der Fachausschuss in den vergangenen beiden Jahren mit der Erarbeitung und Begleitung von mehreren energiepolitischen Vorstössen. In einem weiteren Massnahmenpaket wurden im Kantonsrat 4 Aufträge und zwei Interpellationen eingereicht.

Speziell zu erwähnen ist dabei, dass das Kantonsparlament zwei dieser Aufträge unterstützt hat und die Regierung nun daran ist diese umzusetzen:

- Auftrag: Kantonales Konzept für den Langsamverkehr
- Auftrag: Verdichtet bauen – auch bei Parkplätzen

Zusätzlich hat der Fachausschuss Energie die Vernehmlassung der SP Kanton Solothurn zum Gesetz über den tiefen Untergrund und Bodenschätze zu Handen der kantonalen Geschäftsleitung vorbereitet.

Unser Ziel wird auch in den nächsten Jahren sein, den Umbau der Energiepolitik im Kanton Solothurn weg von der Atomenergie und hin zu den erneuerbaren Energien aktiv zu begleiten und Inputs zu liefern für die politische Diskussion.

Fachausschuss „Justiz und Polizei"

Thomas Flückiger, Präsident

Der Fachausschuss Justiz und Polizei hat keine Sitzungen durchgeführt.

Mitglieder Fachausschuss

Thomas Flückiger, Daniel Kiefer, Beat Stöckli, Susanne Schaffner-Hess, Christine Bigolin, Urs Huber, Ueli Kölliker, Christian Winiger, Niklaus Wepfer

Fachausschuss „Migration und Integration"

Tvrtko Brzovic, Präsident bis Ende 2015

Sitzungen:
3. Juni 2014 / 17. Februar 2015

Themen:
- Neu-Organisation Fachausschuss
- Diskriminierungsinitiative
- Texte auf der Website überarbeiten
- Wahlplattform verabschieden
- Durchsetzungsinitiative

(Der Präsident hat sein Amt abgegeben. Die Suche nach einer Neubesetzung ist nicht abgeschlossen)

Mitglieder Fachausschuss
Miryam Abebe, Christian Baur, Christine Bigolin, Doris Rauber Bütikofer, Fatma Tekol, Luzia Stocker Rötheli, Karl Tanner, Niklaus Wepfer

Fachausschuss „Bildung"

Mathias Stricker, Präsident

2014 hat sich der Fachausschuss Bildung reorganisiert und personell erneuert. Mathias Stricker hat den Vorsitz von Urs von Lerber übernommen. Der Fachausschuss hat sich an 5 Sitzungen mit unterschiedlichen Bildungsthemen befasst:

- Aktualisierung Dokument „Bildung und Forschung" für Website (Themen)
- Stellungnahme zur Konsultation der Lektionentafel Lehrplan 21; Stellungnahme zum KR-Auftrag „Lehrplan 21 startet 2021"; Entwurf Medienmitteilung zur Initiative „Ja zu einer guten Volksschule ohne LP21"
- Konsultation zu Änderungen des Laufbahnreglements und des Übertrittsverfahren von der Primarstufe in die Sekundarstufe
- Musikschule Schülerpauschale
- D-EDK Fachbericht „Beurteilen"; Alternativen zu Noten auf der Unterstufe

Schwerpunktmässig hat sich der Fachausschuss mit dem Lehrplan 21 beschäftigt und sich für eine ausgewogene Lektionentafel mit genügendem Halbklassenunterricht eingesetzt. Ebenso hat er in diesem Zusammenhang eine Stärkung des Faches Bildnerisches Gestalten verlangt. Eine Verschiebung der Einführung des LP21 vom Schuljahr 18/19 aufs Schuljahr 21/22 macht aus Sicht des Fachausschusses keinen Sinn, entsprechend hat dies auch der Kantonsrat beschlossen. Der Fachausschuss lehnt die möglicherweise zustande kommende Volksinitiative gegen den LP21 ab, weil diese die Weiterentwicklung der Schule zu einer modernen, fortschrittlichen Volksschule formell behindert.

Der Fachausschuss wird sich weiter dafür einsetzen, dass die Volksschule gestärkt wird und für alle eine gute Grundausbildung möglich ist. Das duale Berufsbildungssystem und die gymnasiale Ausbildung sollen gleichwer-

tig gefördert und die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten auch für ältere Arbeitnehmende sichergestellt werden. Einem weiteren Abbau in der Bildung aufgrund von weiteren möglichen Sparmassnahmen steht der Fachausschuss kritisch gegenüber.

Mitglieder Fachausschuss
Mathias Stricker, Samuel Batzli, Simon Esslinger, Stephan Hug, Katrin Hürzeler, Mario Petiti, Silvia Fröhlicher, Fränzi Roth, Beatrice Widmer Strähl, Urs von Lerber

Fachausschuss „Finanzen und Wirtschaft"

Susanne Schaffner-Hess, Präsidentin

In den vergangenen zwei Jahren haben 2 Sitzungen des Fachausschusses „Finanzen und Wirtschaft" stattgefunden.

Der Fachausschuss setzte sich mit folgenden Vernehmlassungen auseinander:
Teilrevision des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern"
Anpassungen im Beurkundungsrecht; Änderung des Gesetzes über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches und des Gebührentarifs
Projekt HRM2 – Einwohnergemeinden; Einführung Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell (HRM2) bei den solothurnischen Einwohnergemeinden, Änderung des Gemeindegesetzes
Änderung des Gesetzes über das Staatspersonal (StPG)

Der Fachausschuss wirkte bei der Erstellung der Wahlplatzform 2015 mit:

Finanzen und Wirtschaft
- Kahlschlag beim Sparpacket verhindert - Kantonsrat.
- Massive Erhöhung der Kopfsteuer um 150% verhindert – Kantonsrat.
- Rückweisung Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuer erreicht - Kantonsrat.
- Fortschrittlichen Finanzausgleich erwirkt – Volksabstimmung.
- Modernes Arbeits- und Wirtschaftsgesetz ohne Ausbau der Ladenöffnungszeiten – Volksabstimmung.
- Auslegeordnung des Kantons Solothurn als Wirtschafts- und Arbeitsort erwirkt.

Die Mitglieder des Fachausschusses reichten folgende parlamentarische Vorstösse ein:

Interpellation Markus Ammann (SP, Olten): Top-Entwicklungsstandorte im Kanton Solothurn (25.06.2014)

Interpellation Franziska Roth (SP, Solothurn): Beschaffungswesen (02.07.2014)

Auftrag Simon Bürki (SP, Biberist): Steuererklärung vollständig online ausfüllen und einreichen (TaxSOnline) (11.03.2015);

Interpellation Susanne Schaffner (SP, Olten): Wann werden die Missstände bei den Ergänzungsleistungen endlich behoben?

Auftrag Urs Huber (SP, Obergösgen): Steuerredlichkeit als Voraussetzung von Staatsaufträgen (24.06.2015)

Auftrag Simon Bürki (SP, Biberist): Automatisierter freiwilliger Direktabzug des Vorbezugs vom Lohn (24.06.2015)

Kleine Anfrage Susanne Schaffner (SP, Olten): InnoCampus AG, Nidau - Fragen zum Aktienkauf durch den Kanton Solothurn (16.12.2015)

Interpellation Susanne Schaffner (SP, Olten): InnoCampus AG, Nidau - Fragen zum Aktienkauf durch den Kanton Solothurn (27.01.2016)

Mitglieder Fachausschuss
Susanne Schaffner-Hess, Andreas Bühlmann, Fränzi Burkhalter-Rohner, Simon Bürki, Markus Ammann, Philipp Hadorn, Roberto Zanetti, Niklaus Wepfer

Beschwerde- und Schiedskommission

Evelyn Borer, Präsidentin

Die Beschwerde- und Schiedskommission hatte sich in den Berichtsjahren mit keinen Konfliktsituationen auseinandersetzen müssen.

Mitglieder der Kommission:
Evelyn Borer, Lisbeth Hartmann, Roland Walter

Evelyn Borer und Roland Walter haben per Ende April 2016 demissioniert

Bericht der Kantonsratsfraktion

Markus Ammann, Fraktionspräsidentin

Mitten in der Legislatur – für die Periode 04/2014 bis 03/2016

Die Jahre 2013 und 2014 waren geprägt durch die schwierige finanzielle Situation des Kantons. Der deshalb im 2013 lancierte Massnahmenplan 2014 unterstützte die SP Fraktion nach ausgiebiger Diskussion mehrheitlich; sie zeigte sich dabei kompromissbereit, auch wenn es einige Themen gab, bei denen wir lieber nicht gespart hätten. Erschwerend mussten wir auch feststellen, dass scheinbar nicht alle Departemente die Sparanstrengungen gleich ernst nahmen. Voraussetzung für unsere Zustimmung war aber, dass nicht nur bei den Ausgaben gespart wird, sondern auch die Einnahmen (Steuern) erhöht werden. Einen wesentlichen Posten des Massnahmenplan konnten wir aber nicht akzeptieren: Rund 7 Mio. Franken sollten auf dem Buckel der Schwächeren im Kanton, nämlich bei der Prämienverbilligung für die Krankenkasse, eingespart werden. Das Referendum gegen diesen Beschluss wurde im März 2015 denn auch bei einer Volksabstimmung gewonnen.

Ebenfalls vor dem Volk endete die Diskussion um das neue Wirtschafts- und Arbeitsgesetz. Das Gesetz unterstützten wir in seinen wesentlichen Zügen. Wir konnten aber erfolgreich verhindern, dass die Ladenöffnungszeiten bereits im Parlament über das Mass verlängert werden. Eine Variantenabstimmung vor dem Volk war Bestandteil der Vorlage, allerdings erst nachdem die Vorlage von der Regierung einmal zurückgezogen wurde. Die Bevölkerung konnte dann zwischen einer moderaten Verlängerung und eine sehr weitgehende Liberalisierung der Öffnungszeiten wählen. In der Volkabstimmung hat sich die von uns unterstützte moderate Version durchgesetzt, was hinsichtlich der kommenden Anstrengungen des Bundes, die Öffnungszeiten landesweit zu liberalisieren, von Bedeutung sein wird.

In den Bereichen Energie und Raumplanung wurden eine ganze Reihe von Vorstössen lanciert, die zu einem guten Teil auf die Feder von Fabian Müller zurückgehen. Vor allen im Bereich Raumplanung wurden einige Vorstösse vom Rat erheblich erklärt, die Vorstösse im Bereich Energie waren teilweise erfolgreich, einzelne mussten aber auf Grund der (zum Teil politischen) Machbarkeit oder aus taktischen Gründen wieder zurückgezogen werden.

Vom April 2014 bis März 2016 wurden von der SP Fraktion 13 Kleine Anfragen, 22 Interpellationen und 18 Aufträge eingereicht.

	04/2014 -	2015	- 03/2016
Kleine Anfragen	7	5	1
Interpellationen	10	7	5
Aufträge	4	13	1

2014		
Interpellation Simon Esslinger (SP, Seewen)	Ist die Fachstelle für Bienen und damit die Imkerei auf Kurs?	Befriedigt
Interpellation Markus Ammann (SP, Olten)	Top-Entwicklungsstandorte im Kanton Solothurn	Nicht erheblich / Nicht befriedigt
Interpellation Markus Ammann (SP, Olten)	Auswirkungen der Verkehrsinfrastrukturausbauten im Kanton Solothurn	Teilweise befriedigt
Interpellation Franziska Roth (SP, Solothurn)	Beschaffungswesen	Nicht erheblich / Nicht befriedigt
Interpellation Fränzi Burkhalter (SP, Biberist)	2. WoV-Zwischenbilanz	Befriedigt
Interpellation Fabian Müller (SP, Balsthal)	Wie kann die Stilllegung der Zuglinie Solothurn-Moutier verhindert werden?	Befriedigt
Auftrag Mathias Stricker (SP, Bettlach)	E-Mobilität im Kanton Solothurn fördern	Zustimmung mit Änderung
Kleine Anfrage Mathias Stricker (SP, Bettlach)	J+S-Entschädigungen versteuern	Ohne Beschluss erledigt
Kleine Anfrage Anna Rüefli (SP, Solothurn)	Veröffentlichungspraxis der Solothurner Gerichte	Ohne Beschluss erledigt
Kleine Anfrage Franziska Roth (SP, Solothurn)	Bürokratie und Dienstleistung	Ohne Beschluss erledigt
Interpellation Luzia Stocker (SP, Olten)	Massnahmen zur Unterstützung pflegender Angehöriger	Teilweise befriedigt
Kleine Anfrage Luzia Stocker (SP, Olten)	Auswirkungen der Kündigung dreier Direktoren der soH innerhalb eines Jahres	Ohne Beschluss erledigt
Kleine Anfrage Hardy Jäggi (SP, Recherswil)	Bewilligungs- und Überprüfungspraxis des ASO gegenüber öffentlichen und privaten SPITEX-Anbietern	Ohne Beschluss erledigt
Interpellation Markus Baumann (SP, Derendingen)	Wirksame Kontrollen im Alters- und Pflegeheimwesen	Befriedigt
Interpellation Fabian Müller (SP, Balsthal)	Resultate aus dem Aktionsplan der Mobilitätsstudie Thal	Nicht erheblich / Nicht befriedigt
Kleine Anfrage Franziska Roth (SP, Solothurn)	Unterstützung des Hilfsprojektes: 100 winterfeste Baracken für die Flüchtlinge aus Kobane	Ohne Beschluss erledigt
Interpellation Fraktion SP	Stopp der weiteren verkehrspolitischen Herabstufung des Kantons Solothurn	Befriedigt
Auftrag Markus Ammann (SP, Olten)	Alternativen bei der Verbreiterung der A1 zwischen Luterbach und Härkingen	Erheblich
Kleine Anfrage Fraktion SP	Temporäre Anstellungen bei der soH	Ohne Beschluss erledigt
Auftrag Fraktion SP	Strategie Rollenschärfung Fachhochschule	Zustimmung mit Änderung
Auftrag Simon Esslinger (SP, Seewen)	Übertrittsregelung Sekundarstufe I / Sekundarstufe II aus dem Schwarzbubenland an die Schulen der Ka	Zustimmung mit Änderung
2015		
Interpellation Susanne Schaffner (SP, Olten)	Bearbeitung von Personendaten durch Dritte - welche Daten werden ausserhalb der kantona-	Nicht erheblich / Nicht befriedigt

	len Verwaltun	
Auftrag Simon Bürki (SP, Biberist)	Steuererklärung vollständig online ausfüllen und einreichen (TaxSOnline)	Zustimmung mit Änderung
Kleine Anfrage Luzia Stocker (SP, Olten)	Unerlaubte Entschädigungen für Überweisungen von Patienten	Ohne Beschluss erledigt
Kleine Anfrage Simon Esslinger (SP, Seewen)	Konsequenzen und Alternativen der Streichung der Finanzierung von weiterführenden Schulen Sek II für	Ohne Beschluss erledigt
Auftrag Fabian Müller (SP, Balsthal)	Stromeffizienz steigern	Rückzug
Interpellation Fabian Müller (SP, Balsthal)	Deckung des eigenen Strombedarfs mit Strom aus erneuerbaren Energien?	Befriedigt
Auftrag Mathias Stricker (SP, Bettlach)	Jugend und Sport unterstützen	Rückzug
Auftrag Markus Ammann (SP, Olten)	Verdichtet bauen - auch bei Parkplätzen	Erheblich
Auftrag Markus Ammann (SP, Olten)	Kantonales Konzept für den Langsamverkehr	Erheblich
Kleine Anfrage Markus Ammann (SP, Olten)	Übersetzung von Zivilstandsurkunden	Ohne Beschluss erledigt
Auftrag Markus Ammann (SP, Olten)	Alle Gemeinden im Kanton Solothurn erreichen das Label Energiestadt	Nicht erheblich / Nicht befriedigt
Interpellation Markus Ammann (SP, Olten)	Solaranlagen bei Lärmschutzwänden	Befriedigt
Auftrag Simon Bürki (SP, Biberist)	Automatisierter freiwilliger Direktabzug des Vorbezugs vom Lohn	Rückzug
Auftrag Fabian Müller (SP, Balsthal)	Förderung der erneuerbaren Energien durch Ausweitung des planerischen Spielraums der Gemeinden	Rückzug
Auftrag Fabian Müller (SP, Balsthal)	Strombedarf zu 100% durch erneuerbare Energien decken	Rückzug
Kleine Anfrage Anna Rüefli (SP, Solothurn)	Amtliche Texte in "Leichter Sprache": Wie stellt der Kanton Solothurn sicher, dass Menschen mit kogn	Ohne Beschluss erledigt
Interpellation Anna Rüefli (SP, Solothurn)	Wird das Recycling von Plastikabfällen im Kanton Solothurn genügend gefördert?	Teilweise befriedigt
Auftrag Urs Huber (SP, Obergösgen)	Steuerredlichkeit als Voraussetzung von Staatsaufträgen	Kommission
Interpellation Susanne Schaffner (SP, Olten)	Wann werden die Missstände bei den Ergänzungsleistungen endlich behoben?	Nicht erheblich / Nicht befriedigt
Auftrag Simon Esslinger (SP, Seewen)	Weiterführende Schulen Sek II für Jugendliche aus dem Schwarzbubenland in den Kantonen BL/BS	Spruchreif
Interpellation Fraktion SP	Steuerausfälle durch Entlastung des Kapitals	Teilweise befriedigt
Interpellation Simon Bürki (SP, Biberist)	Verbesserungsmöglichkeiten der kantonalen Beschäftigungsprogramme	Befriedigt
Auftrag Franziska Roth (SP, Solothurn)	Arbeitsmöglichkeiten für Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene statt Sozialhilfekosten	Kommission
Kleine Anfrage Franziska Roth (SP, Solothurn)	Unbegleitete minderjährige Asylsuchende im Kanton Solothurn	Ohne Beschluss erledigt
Auftrag Hardy Jäggi (SP, Recherswil)	Einführen einer amtlichen Qualitätsbescheinigung bei Lebensmittelkontrollen	hängig - noch nicht beschlossen
2016		
Interpellation Susanne Schaffner (SP, Olten)	InnoCampus AG, Nidau - Fragen zum Aktienkauf durch den Kanton Solothurn	hängig - noch nicht beschlossen
Interpellation Hardy Jäggi (SP, Recherswil)	Verrechnung von Wegkosten an SPITEX-Klienten und Klientinnen	hängig - noch nicht beschlossen
Interpellation Stefan Oser (SP, Flüh)	Verbesserte Integrationsmassnahmen für Flüchtlinge - Kurse vermehrt regional anbieten	Spruchreif

Interpellation Franziska Roth (SP, Solothurn)	Reorganisation Erwachsenenbildungszentrum EBZ	hängig - noch nicht beschlossen
Kleine Anfrage Mathias Stricker (SP, Bettlach)	Luchse im Kanton Solothurn	hängig - noch nicht beschlossen
Interpellation Fraktion SP	Hat das Amt für Wirtschaft und Arbeit die Lehrlinge der Stahl Gerlafingen AG im Stich gelassen?	hängig - noch nicht beschlossen
Auftrag Urs von Lerber (SP, Luterbach)	Digitale Dokumente vollständig und zeitgerecht online	hängig - noch nicht beschlossen

Personelles

Fraktionsmitglieder

In den letzten zwei Jahren traten vier Fraktionsmitglieder zurück und mussten ersetzt werden.

- **Ammann Markus, Olten**
- **Baumann Markus, Derendingen (seit 03/2014)**
- **Bigolin Ziörjen Christine, Aetigkofen**
- *Borer Evelyn, Dornach (bis 12/2014)*
- **Burkhalter-Rohner Fränzi, Biberist**
- **Bürki Simon, Biberist**
- **Esslinger Simon, Seewen**
- **Gomm Peter, Olten (Regierungsrat)**
- **Huber Urs, Obergösgen**
- **Jäggi Hardy, Recherswil**
- **Kummer Angela, Grenchen (ab 10/2015)**
- **Marbet Thomas, Olten (ab 10/2015)**
- **Müller Fabian, Balsthal**
- **Oser Stefan, Flüh (ab 01/2015)**
- **Roth Franziska, Solothurn**
- **Rüefli Anna, Solothurn**
- *Schafer Peter, Olten (bis 09/2015)*
- **Schaffner Susanne, Olten**
- *Spichiger Roger, Derendingen (bis 01/2014)*
- **Stocker Luzia, Olten**
- **Stricker Mathias, Bettlach**
- *Summ Jean-Pierre, Bettlach (bis 09/2015)*
- **Tanner Karl, Trimbach**
- **Von Lerber Urs, Luterbach**

Fraktionsvorstand

Ab November 2011 führte Fränzi Burkhalter-Rohner die Fraktion umsichtig und engagiert, zusammen mit den anderen bisherigen Vorstandsmitgliedern. Aus persönlichen Gründen entschied sich Fränzi, nach fast vier Jahren erfolgreicher Arbeit vom Amt der Fraktionspräsidentin zurückzutreten. Gleichzeitig entschied sich auch Jean-Pierre Summ, sich ganz aus dem Kantonsrat zurückzuziehen. Er wurde im Kantonsrat wie im Fraktionsvorstand durch Angela Kummer ersetzt.

Mit meiner Übernahme des Präsidiums ab Oktober 2015 behielten wir Struktur und Organisation des Vorstands bei.

- Burkhalter–Rohner Fränzi, Fraktionspräsidentin (bis 09/2015)
- Ammann Markus, Fraktionspräsidentin (ab 10/2015)
- Rüefli Anna, Fraktionsvizepräsidentin
- *Summ Jean-Pierre, Fraktionsvizepräsident (bis 09/2015)*
- Stricker Mathias, Fraktionsvizepräsident (ab 10/2015)
- Kummer Angela (ab 10/2015)
- Gomm Peter, Regierungsrat
- Roth Franziska
- Wepfer Niklaus, Fraktionssekretär

Vertretungen in kantonsrätlichen Kommissionen

Ratsleitung	Ammann Markus (ab 10/2015) Burkhalter-Rohner Fränzi (bis 09/2015) Huber Urs (ab 01/2015)
Finanzkommission	Burkhalter Fränzi Bürki Simon Schaffner-Hess Susanne
Geschäftsprüfungskommission	Baumann Markus Esslinger Simon Tanner Karl
Justizkommission	Bigolin Ziörjen Christine Huber Urs Kummer Angela (ab 10/2015) Summ Jean-Pierre (bis 09/2015)
Bildungs- und Kulturkommission	Roth Franziska Stricker Mathias von Lerber Urs
Sozial- und Gesundheitskom-mission	Borer Evelyn (bis 12/2014) Oser Stefan (ab 01/2015) Rüefli Anna Stocker Luzia
Umwelt-, Bau- und Wirtschafts-kommmission	Ammann Markus Hardy Jäggi Müller Fabian
Redaktionskommission	keine Vertretung

Vertretungen in weiteren Gremien (durch Fraktion nominiert)

Geschäftsleitung der SP des Kantons Solothurn	Burkhalter-Rohner Fränzi (bis 09/2015) Ammann Markus (ab 10/2015)

	Jäggi Hardy
Verwaltungskommission der kantonalen Pensionskasse	Schürch Walter
Interparlamentarische Konferenz der Nordwestschweiz	Summ Jean-Pierre (bis 09/2015) Marbet Thomas (ab 10/2015)
Interparlamentarische Kommission Fachhochschule NW	Von Lerber Urs
Fachkommission Integration	Stocker Luzia

Präsidien

Kommissionspräsidien	
Bildungs- und Kulturkommission	Von Leber Urs
Interparlamentarische Konferenz der Nordwestschweiz	Summ Jean-Pierre (bis 09/2015)

Fraktionsanlässe

Fraktionssitzungen
Pro Session wurden in der Regel zwei Fraktionssitzungen abgehalten. Darin wurden alle Geschäfte der Session und die neuen Vorstösse der Fraktion vorbesprochen. Sie dienten auch dazu, eine erste Fraktionshaltung von wichtige Geschäfte, die in den Kommissionen erst zur Sprache kommen, einzuholen.
Die erste Fraktionssitzung (jeweils eine Woche vor der Session) wurde im 2014 alternierend in Solothurn, Grenchen und Olten durchgeführt. Ab Mitte 2015 wurde auf den Standort Grenchen verzichtet. Einmal pro Jahr wurde eine Fraktionssitzung in Dornach abgehalten.

Fraktionsseminare
In den Jahren 2014 und 2015 wurden keine Fraktionsseminare durchgeführt.

Angestelltenapéro
Jeweils im November wurden die SP Mitglieder der Verwaltung zu einem Apéro mit der Fraktion eingeladen. Dies gab gute Gelegenheiten, sich kennen zu lernen, Kontakte zu knüpfen und sich zwischen Verwaltungsangestellten und Fraktionsmitgliedern auszutauschen.

Fraktionsausflüge
2014 Olten / Gösgen

2015 Wasseramt / Bucheggberg

Dank
Ich danke

- Fränzi Burkhalter für ihre engagierte, umsichtige und kompetente Führung der Fraktion; und dass sie mich im Übergang unterstützt hat und in der Fraktion weiter aktiv mitarbeitet.
- allen Fraktionsmitgliedern für die engagierte Arbeit in der Fraktion, in dem Fraktionsvorstand für das Vorbesprechen und Mitgestalten unserer Politik.
- all jenen Fraktionsmitgliedern, die während der Legislatur zurückgetreten sind für ihre Mitarbeit und ihr Engagement bis zum Schluss.
- Peter Gomm für die gute Zusammenarbeit und die immer wieder kritischen und hilfreichen Hinweise;
- dem Parteisekretariat und insbesondere Nik Wepfer für den zuverlässigen und kompetenten Support.
- allen Genossinnen und Genossen für die kritische Begleitung und die vielen wertvollen Tipps und Hinweise zu unserer Arbeit, wir sind auch weiterhin darauf angewiesen.

Bericht des Parteisekretariats

Niklaus Wepfer, Parteisekretär

Die vergangenen zwei Berichtsjahren waren geprägt durch das SP-Referendum gegen die massive Kürzung der Gelder für die Prämienverbilligungen, von den Wahlen für den National- und Ständerat, von intensiver Basisarbeit zur Stärkung der Sozialdemokratie und unserem 125-jährigen Jubiläum.

Die SP erlangt an der Urne einen historischen Sieg
Im Zusammenhang mit der Sparhysterie der bürgerlichen Parteien im Solothurner Kantonsparlament, hat die SP von Anfang an klargemacht, welche Vorschläge sie ablehnt und notfalls mit dem Referendum bekämpft. Eine davon war die massive Kürzung der Gelder für die Prämienverbillgung. Die übermütige Mehrheit des Parlaments hat den Bogen überspannt und zu Lasten der unteren und mittleren Einkommen 7 Millionen Franken sparen wollen. Die SP hat bereits früher vorsorglich das OK ihrer Delegierten für das Ergreifen eines Referendums eingeholt, damit bei Bedarf umgehend mit der Sammlung von mindestens 1'500 Unterschriften begonnen werden kann. Für diesen Entscheid hatten die bürgerlichen Parteien ein müdes Lächeln übrig. Die SP hingegen liess sich nicht beirren und ging auf die Strasse, sammelte dank hunderten von Mitgliedern über 1'700 Unterschriften und untermauerte in einer einfachen und schlanken Kampagne ihre glaubwürdigen Argumente gegen den Leistungsabbau bei den Schwächsten in unserer Gesellschaft. Die Stimmbevölkerung gab der SP recht und bodigte die Sparmassnahme an der Urne vom 8. März 2015 mit deutlicher Mehrheit.

Dieses Resultat darf kantonal als historisch betrachtet werden. Solothurn ist durch und durch ein bürgerlicher Kanton, aber durch diesen Entscheid hat sich die SP gegenüber den bürgerlichen Parteien klar positioniert auf aufgezeigt, dass sie referendumsfähig ist und ernst genommen wird. Auch der SP als Partei verhalf dieses Resultat in verschiedenster Hinsicht zum Erfolg; das Selbstvertrauen ist wieder gestiegen und die öffentliche Wahrnehmung der SP hat gepunktet; es kamen neue Mitglieder hinzu und es wurde klar, für was die SP steht: für gelebte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität!

Nationale Wahlen vom 18. Oktober und 15. November 2015
Die Ausgangslage war nicht einfach: in den Umfragen dümpelte die SP vor sich hin, der Kanton Solothurn verliert ein Nationalratsmandat, so oder so werden es also ab dem 18. Oktober nur noch 6 Nationalratsmandate geben und die Bestimmung der (Medien)-Themen sprachen auch nicht für die Sozialdemokratie. Vor diesen Hintergründen eine wahrnehmbare und wirksame Wahlkampagne anzugehen, hat von allen Genossinnen und Genossen viel Selbstvertrauen abverlangt. Engagiert ging der Wahlausschuss

an die Umsetzung des von der Geschäftsleitung gebilligten Konzepts. Engagiert haben alle Kandidierenden sich für die (Wahl)-Ziele der Partei eingesetzt und engagiert haben alle Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten unsere Strategie mitgetragen.

Was waren unsere Ziele: mit drei Listen und zwei Listen der Jungen wollten wir den Sitz im Ständerat verteidigen, die zwei Mandate im Nationalrat halten und in Wählerprozenten zulegen.

Wie wollten wir diese Ziele erreichen: motivierte Kandidatensuche, Umsetzung der Dach- und Basiskampagne, hohe Präsenz auf der Strasse und in den Medien, disziplinierte Budgetkontrolle, Miteinander statt Gegeneinander, Näher bei den Leuten und wenn immer möglich – mit Humor!

Was haben wir erreicht: Am 18. Oktober 2015 wurden Bea Heim und Philipp Hadorn wieder in den Nationalrat gewählt und am 15. November im 2. Wahlgang Ständerat Roberto Zanetti. Der Wähleranteil konnte um 1,7% gesteigert werden und beträgt neu 20%.

Fazit: die SP hat mit kleinem Budget erfolgreich gearbeitet und ihre Ziele erreicht. Bei den Inhalten müssen wir uns noch mehr auf regional und kantonal spezifische Themen fokussieren und die Personen dahinter der Öffentlichkeit bekannter machen. Nun heisst es weitergehen, nicht ausruhen und beim nächsten Mal noch besser werden. Wer motiviert ist, hat Erfolg. Wer Erfolg hat, muss erst recht bescheiden bleiben. Und wer bescheiden ist, bleibt glaubwürdig.

Basisarbeit
Noch immer hat die SP des Kantons Solothurn über 60 Ortssektionen. Kleinere und Mittlere haben jedoch vermehrt mit ihrem Überleben zu kämpfen und finden kaum noch Personen die bereit sind, noch mehr Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Dies ist verständlich, wollen wir aber nicht hinnehmen, denn wir sind überzeugt, dass das Sektionsmodell das erfolgreichste ist, warum: In Dörfern, in denen es mal eine SP Sektionen gab, verschwinden mit der Zeit auch die Mitglieder. Die Mitglieder sind aber unser Rückgrat, ohne Rückgrat können wir nicht stehen und wer nicht stehen kann, bleibt liegen oder muss gestützt werden. Deshalb, es gibt kein Ausruhen und keine Alternative zur Sektionsstruktur. Auch aus diesem Grund unterstützen wir bei Bedarf jede Sektion bei ihrer Arbeit, nehmen an Sitzungen teil, stellen ihnen Musterdokumente zur Verfügung, genehmigen Statuten, führen Telefongespräche und können ihnen nie genug Danke sagen für ihre wertvolle Arbeit und – dass sich die Arbeit lohnt. In den Sektionen werden viele, fast alle interessierten Menschen politisiert. Für politisch interessierte Menschen mit einem ausgeprägten Gerechtigkeitssinn gibt es zur SP keine Alternative. Deshalb bieten Dörfer mit intakten SP-Sektionen auch in der Vergangenheit politischen Menschen vermehrt eine politische Heimat. In der Kantonalpartei stellen wir fest – mit Freude – dass das Interesse an der SP wieder zu nimmt, das ist hauptsächlich das Verdienst der Sektionen und allen 1'900 Mitgliedern.

125 Jahre SP Kanton Solothurn
Die Vorbereitungen und alle Arbeiten im Zusammenhang mit den Aktivitäten und Anlässen rund um das Jubiläum setzte einen immensen Einsatz von Dutzenden von Helferinnen und Helfer voraus. Einen grossen Dank geht an das Organisationskomitee unter dem Präsidium von Susanne Schaffner-Hess, an Martin Schaffner und seiner Crew für die geschichtliche Aufarbeitung und Erarbeitung aller Momentaufnahmen in Wort, Bild und Ton und nicht zuletzt an alle Mitglieder für ihre Treue, Unterstützung und Spenden.

Danke Patricia, Walter, Sereina und Hannah
Seit dem 1. November 2013 arbeitet Patricia Kofmehl aus Halten im Sekretariat mit. Sie ist für die Buchhaltung, Rechnungswesen und alle in diesem Zusammenhang anfallenden Arbeiten zuständig. Die Zusammenarbeit ist sehr gut und ich freue mich über die personelle Kontinuität. Ein gut eingespieltes Team mit uneingeschränktem Vertrauen sind unbezahlbare Werte. Danken möchte ich auch Walter Husi für seinen Einsatz als Campaigner der Basiskampagne 15, Sereina Wepfer für ihre Praktikumszeit vom 7. Juli – 30. September 14 als kantonale Campaignerin für eine öffentliche Krankenkasse und Hannah Riemann für ihre Praktikumszeit vom 15. Februar – 11. März 2015 zur Vorbereitung des Fraktionsseminars.

Dank
Ein herzliches Dankeschön an alle Chargierten, Amteien, Bezirke, Sektionen, allen Mitgliedern, den Sympathisantinnen und Sympathisanten, der

Wählerinnen und Wähler, den Kandidierenden, sowie der Stimmbevölkerung, die die SP mit ihren Parolen unterstützt haben. Ein spezieller Dank geht an das tolle Präsidium, Fränzi und Hardy, die Geschäftsleitung, an die Fraktion, die parteiinternen Fachausschüsse, an die Juso und an die junge SP Region Olten für die hervorragende Zusammenarbeit und die tolle Unterstützung bei der Umsetzung alter und neuer Ideen.

Mitgliederentwicklung

Jahr	Anzahl	Eintritte	Austritte	Todesfälle
1. Januar 2012	2056	95	125	davon 26
1. Januar 2013	2026	98	153	davon 29
1. Januar 2014	1971	121	148	davon 22
1. Januar 2015	1892	108	137	davon 25
1.1.-7.4. 2016	1887	40	16	davon 2

Eintritte = Neueintritte, Wiedereintritte, Zuzug aus anderem Kanton
Austritte = Ordentliche Austritte, Wegzug in anderen Kanton, unbekannt verzogen, Altershalber, kein Interesse mehr, zahlt Beiträge nicht, unzufrieden mit SP

Parteitage und Medienmitteilungen

Medienmitteilung vom 14. März 2014

Massnahmenplan seriös beraten
Im März sind im Kantonsrat an vier Tagen 38 Geschäfte traktandiert. Nachdem der Massnahmenplan 2013 zurückgewiesen wurde, liegt jetzt der Massnahmenplan 2014 der Regierung auf dem Tisch. An zahlreichen Sitzungen in Fraktionen, Arbeitsgruppen und Kommissionen wurde dieser intensiv diskutiert.

Mit Erstaunen hat die SP Fraktion festgestellt, dass entgegen allen Erwartungen der Kantonsratspräsident entschieden hat, den Massnahmenplan als tatsächlich letztes Geschäft zu traktandieren.

Der Massnahmenplan beschäftigt die Politik und die Bevölkerung im Kanton Solothurn bereits über viele Monate. Die Tragweite dessen ist sehr gross und allfällige Leistungskürzungen betreffen weite Teile der Bevölkerung. Die Auswirkungen müssen daher auch im Kantonsrat wohlüberlegt und ohne Zeitdruck diskutiert werden können. Fällt die Eintretensdebatte, sowie die Detailberatung und die Abstimmungen über die Massnahmen im Kantonsrat auf den gleichen Tag, so wie dies vorgesehen ist, ist eine seriöse Meinungsbildung unter den Fraktionen nicht optimal gewährleistet.

Die SP Fraktion hat aus diesen Gründen einen Ordnungsantrag eingereicht und beantragt, die Beratungen über den Massnahmenplan 2014 auf zwei Tage aufzuteilen.

Medienmitteilung vom 1. April 2014

Bekenntnis zur Erneuerbaren Energie
Die Geschäftsleitung hat an ihrer letzten Sitzung die Parole für die kantonale Vorlage „Erneuerbare Energien in die kantonale Verfassung" vom 18. Mai gefasst und empfiehlt diese einstimmig zur Annahme.

Die Anpassungen basieren auf einem Antrag des damaligen Kantonsrats Philipp Hadorn (heute Nationalrat). Die vorliegende Änderung will in die kantonale Verfassung schreiben, was heute für den grössten Teil der Bevölkerung eine Selbstverständlichkeit ist: **«Kanton und Gemeinden fördern den sparsamen Energieverbrauch, die effiziente Energienutzung, die Nutzung von erneuerbaren Energien, sowie die dezentrale Energieversorgung»**. Für die SP Geschäftsleitung ist klar, dass angesichts der Bedeutung, welche die Energiepolitik sowie die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz heute haben, dies auch in der Kantonsverfassung ausdrücklich erwähnt werden muss. Damit wird festgelegt, dass die Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz als wichtige Staatsaufgabe bestimmt sind.

Wieso auf Verfassungsebene?
Was wichtig ist, gehört in die Verfassung! Eine nachhaltige Energiepolitik ist der SP sehr wichtig. Es braucht klare und unmissverständliche Vorgaben und zwar auf höchster Regelstufe. Andere Kantone (Zürich, Bern, Thurgau, Basel-Stadt) haben es vorgemacht und dadurch eine längerfristige und nachhaltige Planungssicherheit in der Energiepolitik erreicht.

Planungssicherheit für die Wirtschaft und das Gewerbe
Diese Vorlage nimmt den Versorgungsauftrag ernst, anerkennt die Gefahr der Atomenergie und bietet echte Alternativen. Dies ist im Interesse der ganzen Bevölkerung und insbesondere der Wirtschaft. „Man müsse mit der Ablösung von den fossilen Brennstoffen weiter vorwärts machen und zwar mit einer noch intensiveren Nutzung unseren regionalen erneuerbaren Energieressourcen Wind, Wasser, Sonne und Holz", so Fabian Müller im Kantonsrat. Denn dies reduziert den Ausstoss von CO_2 und fördert die lokale Wertschöpfung. Mit dieser Änderung setze man ein ganz wichtiges Zeichen für die Wirtschaftsansiedlung und generiert so auch Standortvorteile. Denn, wenn man von der Wirtschaft spricht, gilt es zu betonen, dass der Gewinner der erneuerbaren Energien das Gewerbe ist. Durch Investitionen in die erneuerbaren Energien und die Förderung der Energieeffizienz profitiert das lokale Gewerbe am meisten. Es wird Umsatz generiert und Arbeitsplätze werden geschaffen.

Breite Unterstützung
Die von der SP lacierte Vorlage geniesst eine breite Unterstützung. Der Regierungsrat, sowie die Parteien CVP, Grüne, glp, EVP und die BDP haben im Kantonsrat der Verfassungsänderung zugestimmt.
Medienmitteilung vom 1. April 2014

Medienmitteilung vom 3. April 2014

Rechnung 2013 des Kantons Solothurn
Was läuft hier falsch?
Der Rechnungsabschluss 2013 zeigt es auf, schmerzhafte Einsparungen auf dem Buckel der kleinen und mittleren Einkommen sind nicht nötig.

Die SP-Kantonsratsfraktion nimmt die Rechnung 2013 mit einem Aufwandüberschuss von 121.3 Mio. Fr. mit Erstaunen zur Kenntnis. In Tat und Wahrheit beträgt dieser nämlich knapp 70 Millionen Franken, das heisst das operative Ergebnis ist rund 70 Millionen Franken besser als budgetiert. Erst durch Hinzurechnung der nichtbudgetierten Abwertung der Alpiq-Aktien um 10 Mio. Franken und der Rückstellungen für die Deckungslücke der Pensionskasse um weitere 42 Mio. Franken erreicht die Rechnung annähernd die Dimension des Budgets 2013.

Während Monaten wurde über die schlechte finanzielle Situation des Kantons diskutiert und im Kantonsrat wurden schmerzliche Abbaumassnahmen und Leistungskürzungen zu Lasten der Familien und des Mittelstandes beschlossen. So sollen bei der Prämienverbilligung für Familien, den Gesundheitskosten, den erneuerbaren Energien, dem öffentliche Verkehr und im Bildungsbereich Gelder gekürzt werden.

Der von der Regierung angekündigte und nun erweiterte und beschlossene Massnahmenplan, hat wie vorausgesagt zu schmerzhaften Einsparungen geführt. Dieser Leistungsabbau trifft v.a. kleine und mittlere Einkommen. Damit ist die SP-Fraktion jetzt erst recht nicht einverstanden und wird sich unter dem Eindruck dieses Rechnungsabschlusses energisch gegen einen Abbau bei den Prämienverbilligungsleistungen wehren.

Es fällt auf, dass die Globalbudgets um fast 40 Millionen Franken besser abgeschlossen haben als budgetiert. Nicht benötigte Gelder sind immer gut, wenn dadurch jedoch wichtige Vorhaben verhindert oder hinausgeschoben werden, dann macht die SP nicht mehr mit. Gerade im Bildungsbereich fällt auf, dass zum Beispiel im Bereich Mittelschulbildung das Globalbudget um 17 % zu hoch angesetzt worden ist. Auch die Schulgelder wurden, wie bereits in den Vorjahren zu ungenau budgetiert. Dieses Vorgehen hat zur Folge, dass im Rahmen der Sparpakete Leistungsabbau gerade im Bildungsbereich durchgesetzt worden ist, obwohl die entsprechenden Mittel vorhanden wären. Zudem nimmt mit diesem nicht akzeptablen Vorgehen der Druck auf noch weitergehenden Abbau und Senkung

der Globalbudgets zu. Dies schwächt den Kanton Solothurn nachhaltig und macht ihn für Bürgerinnen und Bürger noch weniger attraktiv.

Die im Vergleich zur Rechnung 2012 nur leicht höheren Steuereinnahmen zeigen deutlich, dass durch Steuersenkungen keine Mehreinnahmen generiert werden. Da die Einnahmenseite weiterhin nicht Schritt mit den Ausgaben hält, ist ein Rückgängigmachen der Steuersenkungen weiterhin nötig. Für die Attraktivität des Kantons sind die Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie die Höhe der Wohn-, Krankenkassen- und Energiekosten wesentlich. Ebenso wichtig ist ein attraktives Angebot an Infrastruktur, Bildung und Wohnqualität. Genau diese Qualitäten haben die bürgerlichen Parteien unlängst abgebaut.

24. April 2014 – Frühlingsparteitag in Trimbach

- 86 Delegierte
- Wahlen von allen Gremien der Partei
- Genehmigung der Rechnung 2013
- Parolenfassung für den Urnengang vom 18. Mai 2014
  1. «Totalrevision des Gesetzes über die öffentlichen Ruhetage»
     - Referent: Pro Edwin Loncar, Mitglied der Geschäftsleitung
       Referentin: Kontra Fränzi Burkhalter-Rohner, Kantonsrätin
     - Antrag GL: Stimmfreigabe
     - Parole: Stimmfreigabe mit 51 : 26 Stimmen
     - Resultat: 55.22 % sagen JA

2. «Änderung der Kantonsverfassung: Erneuerbare Energie in die kantonale Verfassung»
- Referent: Pro Fabian Müller, Kantonsrat
- Antrag GL: JA
- Parole: einstimmig JA
- Resultat: 58.17 % sagen JA
3. «Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen»
- Referent: Mathias Stricker, Kantonsrat
- Antrag GL: JA
- Parole: grossmehrheitlich JA
- Resultat: 86.22 % sagen JA

SP Medienmitteilung vom 25. April

Franziska Roth als Parteipräsidentin bestätigt
Die SP Kantonalpartei hat ihren alle zwei Jahre stattfindenden ordentlichen Frühlingsparteitag in Trimbach durchgeführt. Gekommen sind 83 Delegierte und 9 Gäste. Speziell begrüssen durfte Franziska Roth den Landammann Peter Gomm, Ständerat Roberto Zanetti, sowie Bea Heim und Philipp Hadorn aus dem Nationalrat. Nebst zahlreichen statutarischen Geschäften wie Wahlen, Berichte und die Genehmigung eines neuen Wahl- und Abstimmungsreglement, hatten die Delegierten über diverse spannende kantonalen Vorlagen zu befinden.

Die alte Geschäftsleitung ist auch die neue
Als Parteipräsidentin wurde Franziska Roth aus Solothurn für weitere zwei Jahre bestätigt. Vizepräsident Hardy Jäggi dankte für ihr grosses Engagement und er freue sich auf die weitere gute Zusammenarbeit. Die weiteren Mitglieder der Geschäftsleitung sind: Hardy Jäggi (VP), Fränzi Burkhalter-Rohner (Fraktion), René Umher + Irene Meier (Dorneck-Thierstein), Dieter Ulrich + Edwin Loncar (Olten-Gösgen), Daniela Gerspacher (Thal-Gäu), Max Schmid (Bucheggberg), Mathias Stricker Solothurn-Lebern, Matthias Enggist (Juso), Peter Gomm (Regierungsrat), Roberto Zanetti (Ständerat), Bea Heim + Philipp Hadorn (Nationalrat)

Kontroverse Diskussionen zum Bettag und Hooligan-Konkordat
Edwin Loncar aus Obergösgen und **Fränzi Burkhalter-Rohner** aus Biberist vertraten pro und kontra zum Ruhetagsgesetz. Während Loncar insbesondere für die Aufhebung des Tanzverbots plädierte und die am Bettag staatlich verordnete Besinnung anprangerte, mahnte Burkhalter, insbesondere beim Kommerz Mass zu halten und sich am Bettag auf die Werte der Schweiz zu besinnen, sowie die Sonntagsallianz nicht zu gefährden. Nach einer lebhaften Diskussion, scheiterten mehrere Anträge zugunsten Jenem auf Stimmfreigabe der Geschäftsleitung. Die Verfassungsänderung zugunsten regionaler und erneuerbarer Energie war unbestritten, **Fabian Müller** aus Balsthal hat die Delegierten überzeugt. Diese beschlossen für die von der SP initiierte Vorlage ein einstimmiges und unbestrittenes Ja.

Ein grosses Stimmen-Mehr gab es auch zum Hooligan-Konkordat. Der Bettlacher **Mathias Stricker** zeigte in seinem eindrücklichen Referat auf, warum dieses heute leider notwendig sei. Insbesondere im Fussball und Eishockey hätten die Probleme problematische Dimensionen angenommen, denen man wirksam entgegentreten müsse. Die Intervention aus der Versammlung, dass damit die Grundwerte verletzt werden und der Rechtstaat ausgehebelt werde, konnte unter den Anwesenden nur eine kleine Minderheit überzeugen.

Spannende Ausgangslage auf nationaler Ebene
Weniger umstritten waren die nationalen Vorlagen. Die Kantonalpartei übernimmt die Parolen der schweizerischen SP. **Luisa Jakob** aus Olten hatte bei den Delegierten mit ihrem Nein zum Milliardenkauf des neuen Kampfjets „Gripen" einen leichten Stand. Der geplante Deal sei nicht notwendig, eine Fehlinvestition und finanziell weder für den Bund noch für die Kantone verkraftbar. Nationalrat **Philipp Hadorn** plädierte für ein Ja zur Mindestlohninitiative. Es sei eine Schande, dass sich die reiche Schweiz Löhne erlaube, von denen man nicht leben könne. Zur Initiative gegen Pädophilie meinte Ständerat **Roberto Zanetti**, diese sei gut gemeint, aber falsch geschrieben. Viel besser sei der Vorschlag des Parlaments, denn dieser gehe weiter als die Initiative und verurteile auch keine jugendlichen Liebschaften als pädophile Machenschaften. Nationalrätin **Bea Heim** warb für eine bessere Versorgung der Hausarztmedizin und somit für den direkten Gegenvorschlag zur zurückgezogenen Volksinitiative. Dieser garantiere das medizinische Grundangebot und gehe besser auf die Bedürfnisse der Patienten ein.

Medienmitteilung vom 19. Mai 2014

Energiewende auch kantonal besiegelt
Die SP Kantonalpartei freut sich über die Annahme des neuen **Energieartikels** in der kantonalen Verfassung. Mit diesem klaren Entscheid haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Energiewende auch kantonal besiegelt und kundgetan, dass die wichtigsten Grundsätze in die Verfassung gehören. „Eine nachhaltige Energiepolitik ist uns sehr wichtig. Es braucht klare und unmissverständliche Vorgaben und zwar auf höchster Regelstufe", so Kantonsrat Fabian Müller nach der Bekanntgabe des Abstimmungsresultats. Für den Kanton Solothurn, für die Wirtschaft und das Gewerbe bedeute der Entscheid eine längerfristige und nachhaltige Planungssicherheit in der Energiepolitik.

Jetzt moderat umsetzen
Die SP hatte für das neue Ruhetagsgesetz Stimmfreigabe beschlossen. Für die Einen waren die Bestimmungen an hohen Feiertagen überholt und entsprachen nicht mehr den heutigen Bedürfnissen und für die Anderen kam die Herabstufung des Bettages zu einem normalen Feiertag nicht in Frage, „der Bettag sei ein politischer Feiertag, an dem man an den überkonfessi-

onellen Frieden gedenke", so Fränzi Burkhalter. Nach der klaren Annahme des Gesetzes hoffe man auf eine moderate und respektvolle Umsetzung.

Logische Folge
Die überaus deutliche Annahme des **Hooligan-Konkordats** wertet die SP als logische Folge zunehmender Gewalt an sportlichen Veranstaltungen. Bei der Umsetzung muss jedoch darauf geachtet werden, dass die Grundrechte gewahrt bleiben. Aber, so Kantonsrat Mathias Stricker, „als Familienvater erwarte ich, dass ich einen Match in einer gewaltfreien Umgebung besuchen kann. Da habe ich auch kein Problem, meinen Ausweis zu zeigen oder mich durchsuchen zu lassen." Für die SP geht es nicht an, dass die grosse Mehrheit der Sportfamilie unter illegalen „Sonderrechten" gewaltbereiter Chaoten leiden muss.

Medienmitteilung vom 27. Mai 2014

Auftrag Susanne Schaffner
Kleine Einkommen zahlen zu hohe Steuern - Regierung lehnt Prüfung von Steuerabzügen ab

Kantonsrätin Susanne Schaffner hat mit ihrem Auftrag „Weniger Steuern für Personen mit bescheidenem Einkommen" den Regierungsrat beauftragt Vorschläge vorzulegen, wie man Personen mit ungenügendem Einkommen steuerlich entlasten könnte. Konkret forderte sie, einen degressiv gestalteten Abzug zu prüfen. Ein solcher wird vom Regierungsrat zwar als berechtigt erachtet, trotzdem will er keine Vorschläge zur Änderung des Steuergesetzes vorlegen.

Unbestritten ist, dass kleine Einkommen Kanton Solothurn im Vergleich zu anderen mit sehr hohen Steuern belastet werden, welche auch dazu führen können, dass die Steuerbelastung in das Existenzminimum eingreift. Gemäss Regierung sei der Vorschlag der Auftraggeberin, einen Abzug für alle Steuerpflichtigen mit ungenügendem Reineinkommen einzuführen, einfach und bestechend. Aber dieser beschreite den falschen Weg, so die Regierung weiter.

Die Argumente, die der Regierungsrat jedoch gegen die Erheblicherklärung des Auftrags anführt überzeugen in keiner Weise. Besser wäre, den Steuertarif zu ändern, führt der Regierungsrat aus. „Jedoch, gerade die Änderung des Steuertarifs verursacht acht Mal höhere Steuerausfälle, weil damit auch die Gutverdienenden entlastet würden", sagt dazu Schaffner. Von diesem Ansinnen sei die SP weggekommen, genau wegen den hohen Steuerausfällen.

Der Regierungsrat rechnet willkürlich Zahlenbeispiele und behauptet, der Auftrag führe zu Ungerechtigkeiten, obwohl es gerade Inhalt des Auftrages wäre, Ungerechtigkeiten zu beseitigen. „Es gehe darum eine ange-

messene und angepasste Umsetzung eines solchen Steuerabzuges bei bescheidenen Einkommen zu prüfen, wie er übrigens heute problemlos bei Personen mit Renteneinkommen funktioniert", so Schaffner.

Weiter behauptet der Regierungsrat, die Steuerausfälle seien finanzpolitisch nicht verantwortbar und würden die Solidarität zwischen den Einkommensgruppen gefährden. Fakt ist, die Solidarität der kleinen und mittleren Einkommen wurde in der Vergangenheit, vor allem wegen den übermässigen Steuerentlastungen der Reichsten, arg strapaziert. Eventuelle Mindereinnahmen sind daher auch in dieser Kategorie der Steuerpflichtigen zu kompensieren.

Medienmitteilung vom 18. Juni 2014

Pensionskasse Kanton Solothurn
Nein zum Streichkonzert bei den Renten

Die Mehrheit der Finanzkommission des Kantons Solothurn schlägt dem Kantonsrat als weitere Massnahme zur Ausfinanzierung der PKSO die Streichung der Teuerung auf Renten vor. Die SP wird diesen zusätzlichen Leistungsabbbau bei den Arbeitnehmenden nicht unterstützen. Für die Ausfinanzierung sollen alle ihren Beitrag leisten. Zudem setzt sich die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei für die Variante ein, die den Gemeinden eine grösst mögliche Planungssicherheit gibt.

Bezahlen ohne Schuld
Geht es nach den bürgerlichen Parteien in der Finanzkommission, sollten die Zeche nun also die aktiv Versicherten und die Pensionierten zahlen. So nicht! Es kann nicht sein, dass für den Fehlbetrag hauptsächlich Personen aufkommen müssen, die für die Unterdeckung keine Schuld trifft. Es ist fest zu halten, dass die Deckungslücke von 1.1 Mia Franken nie verzinst wurde. Diese Gelder fehlen, resp. sie wurden in der Vergangenheit eingespart. Bei der Ausfinanzierung der Pensionskasse bezahlen die Arbeitnehmer bereits mit der vom Regierungsrat vorgeschlagenen Vorlage mehr als die Hälfte (54%). Und mit dem nochmals verschärften Vorschlag der Finanzkommission würde das Personal weitaus stärker zur Kasse gebeten (70%).

Hoher Beitrag
Die Leistungen der Pensionskasse sind immer auch ein Bestandteil der Arbeitsbedingungen. Diese entsprechen im Kanton Solothurn, wie auch die Löhne, dem Durchschnitt übriger Kantone. Nach zahlreichen Leistungseinbussen für die Versicherten, mache sich der Kanton damit als Arbeitgeber keinen Gefallen und verliert an Attraktivität, gut qualifiziertes Personal und damit verbunden auch für die Bevölkerung gute Leistungen. als.

Eigenartige Wertschätzung
Die bürgerlichen Parteien fordern vom Personal immer bessere Dienstleistungen. Diese Arbeit muss jedoch auch honoriert und nicht im Gegenteil die Anstellungsbedingungen noch weiter verschlechtert werden. Das ist für die SP eine eigenartige Wertschätzung des Personals.

Vorschlag Regierung
Der Bund schreibt die Ausfinanzierung von unterdeckten Pensionskassen vor. Sollte diese nicht wie vorgegeben vollkapitalisiert werden, werde der Bund die Ausfinanzierung bestimmen und verordnen. Damit entfällt auch die Mitbestimmung für den Kanton und die Gemeinden, was weder im Sinne von Arbeitgeber, noch von Arbeitnehmer sein kann. Aus all diesen Gründen wird sich die SP in der bevorstehenden Session für die Variante der Regierung einsetzen.

Medienmitteilung vom 20. August 2014

Solothurn-Moutier-Bahn
Wie kann die Stilllegung der Bahn verhindert werden?

Die SP hat mit Erstaunen und Entsetzen aus den Medien entnommen, dass der Linie Solothurn-Moutier das Aus droht. Der Weissensteintunnel muss saniert werden, dies steht ausser Frage. Dass hingegen aus Kostengründen die Streichung der Linie ernsthaft in Erwägung gezogen wird, kann nicht hingenommen werden.

Die Zugverbindung Solothurn-Moutier stellt ein wesentliches Element für die Attraktivität der Kantone Solothurn und Bern, sowie insbesondere der Region Thal dar. Beim Bundesamt für Verkehr steht die Stilllegung dieser Linie zur Diskussion.
Eine solche Stilllegung muss unbedingt verhindert werden. Sollte der Weissensteintunnel geschlossen werden, würde für tausende Bewohnerinnen und Bewohner die wichtigste Verbindung nach Solothurn und zurück gekappt. Darunter leiden würden insbesondere viele Pendlerinnen und Pendler Schülerinnen und Schüler sowie diejenigen Personen die ihre Freizeit im Jura oder im Mittelland verbringen möchten.

Gemäss Medienberichten werde sich der Kanton Solothurn für die Sanierung einsetzen und ihren Einfluss in Bern geltend machen. Für die SP und den Thaler Kantonsrat Fabian Müller aus Balsthal genügt diese Absichtserklärung nicht vollends. „Wir wollen mehr wissen und Auskunft darüber, was jetzt genau vor sich geht", so Müller.

Seine Fragen an die Regierung:

1. Wie beurteilt die Solothurner Regierung diesen geplanten Leistungsabbau?

2. Spricht sich die Solothurner Regierung gegen diese Massnahme aus? Wenn ja, was unternimmt die Regierung dagegen? Oder was wurde bisher schon dagegen unternommen?
3. Wie erfolgt in diesem Zusammenhang die Koordination mit dem ebenfalls betroffenen Kanton Bern?
4. Wie beurteilt die Solothurner Regierung die mittel- und langfristigen Folgen dieser Abbaumassnahme für die betroffenen Regionen insbesondere für das hintere Thal?
5. Man spricht von Seiten des Bundesamts für Verkehr von Kosten für die Sanierung des Weissensteintunnels von 170 Millionen Franken. Wie setzen sich diese Kosten zusammen?
6. Wie beurteilt die Solothurner Regierung die Möglichkeit einer Busverbindung vom hinteren Thal in Richtung Solothurn?

31. August 2014 - Solothurn

- 77 Delegierte
- Informationen zu den National- und Städeratswahlen
- Informationen zu den geplanten Kürzungen bei den Prämienverbilligungen / mögliches Referendum
- Parolenfassung für den Urnengang von 28. September 2014
  1. «Gesetz über die Pensionskasse Kanton Solothurn (PKG) + Variantenabstimmung»
  - Referentin: Susanne Schaffner-Hess, Kantonsrätin
  - Antrag GL: JA
  - Parole: JA mit 59 : 10
  - Resultat: JA mit 59.05 % (Variante 2)

Medienmitteilung vom 3. September 2014

Prämienverbilligung
SP ergreift Referendum
Heute am 3. September hat der Kantonsrat mehrheitlich die Änderung des Sozialgesetzes dahingehend geändert, dass die Sanierung der Kantonsfinanzen auf Kosten von Familien gehen soll. Die SP ist empört, dass ausgerechnet auch die selbsternannte Familienpartei CVP dieser Sparübung zugestimmt hat. Bereits im Vorfeld des Massnahmenplans 2013 haben die Delegierten der SP beschlossen, im Falle einer Kürzung der Prämienverbilligung, das Referendum zu ergreifen.

Im Zug der Sparmassnahmen soll der Kantonsbeitrag der Prämienverbilligung massiv gekürzt werden. Beschlossen durch den Kantonsrat ist sowohl die Kürzung des zur Verfügung stehenden Betrages als auch die Senkung der Obergrenze der Bezugsberechtigten Familien und Einzelpersonen. Die Prämienverbilligung ist ohne Zweifel eines der am schnellsten und wirksamsten Mittel, um Familien und Einzelpersonen mit knappen finanziellen Ressourcen zu entlasten. Die Prämienverbilligung stellt ein sehr zielgerichtetes, wirksames und nachhaltiges Instrument für die Entlastung der genannten Anspruchsgruppen dar.

Mit der geplanten Kürzung der Mittel und der Senkung der Obergrenze der Bezugsberechtigten werden aber genau diejenigen Personen gestraft, die eh schon in knappsten finanziellen Verhältnissen leben. Also ein Sparen auf dem Buckel derjenigen, die schon wenig haben.

Schon jetzt richtet der Kanton Solothurn mit seinem Prämienverbilligungsmodell nur das vom Bund gesetzlich geforderte Minimum aus. „*Mit der vom Kantonsrat beschlossenen Kürzung werden wir unter das schweizerische Mittel fallen, weil weniger Personen erreicht und finanziell entlastet werden können. Das vom Bund sozialpolitische Ziel wird deutlich verfehlt, denn es verbleiben nicht die in den Grundlagen zum KVG geforderten höchstens 8 % Prämienbelastung, sondern 10 bis 12 %*“, so Kantonsrätin Evelyn Borer in der Kantonsratsdebatte.

Der frei verfügbare Betrag wird zudem jedes Jahr geringer, weil ein grosser Anteil an die Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen, von Sozialhilfe und an die Verlustscheinbewirtschaftung fliesst. Und soll nun nochmals massiv gekürzt werden! Ein solch unsoziales Vorgehen kann und will die SP weder unterstützen noch mittragen.

Sobald die Referendumsfrist beginnt, wird die SP mit der Unterschriftensammlung beginnen und sich im Abstimmungskampf dafür einsetzen, dass für die verfehlte und gescheiterte bürgerliche Finanzpolitik nicht die Familien büssen müssen.

Medienmitteilung vom 18. September 2014

Budget 2015
Die Zitrone ist für die Familien ausgepresst

Die SP nimmt den Voranschlag mit einem Defizit von 74,1 Mio. Fr und einem Finanzierungsfehlbetrag von 148,8 Mio. Fr. zur Kenntnis.

Fakt ist, dass die Staatsfinanzen des Kantons Solothurn nach und nach auf Kosten des unteren und mittleren Mittelstandes saniert werden sollen. Dies ist die wichtigste und besorgniserregendste Erkenntnis aus dem Budget 2015. Ein Grossteil der bereits beschlossenen oder noch bevorstehenden Sparmassnahmen belasten die Familien, die Pflegebedürftigen, die sozial Schwächeren, die Gesundheit und die Bildung.

Die SP macht hier nicht mehr mit, die Zitrone ist ausgepresst und der Kanton droht auszuhungern. Das Fass zum Überlaufen gebracht hat der Kantonsratsbeschluss vom 3. September 2014. Damals beschlossen FDP/CVP/SVP/BDP/EVP und glp die Prämienverbilligung um sage und schreibe um **7 Millionen Franken zu kürzen** – ebenfalls **zu Lasten der Familien**. Für die SP ist diese Politik inakzeptabel, sie schadet dem Kanton Solothurn nachhaltig.

Auf der Einnahmenseite fehlt das Geld infolge der zahlreichen Steuersenkungen bei den Vermögenden. Aber auch die Unternehmenssteuerreform II schlägt, wie von der SP vorausgesagt, negativ zu Buche. Damit können auch nicht voraussehbare Mindereinnahmen wegen strukturell oder konjunkturell bedingten Gewinneinbrüchen bei den juristischen Personen oder der Nationalbank nicht mehr aufgefangen werden.

Die Haushaltssanierung muss einnahmenseitig erfolgen. Alles andere ist Augenwischerei und sozial nicht verantwortbar.

Medienmitteilung vom 19. September 2014

Komitee gegründet - Referendum startet
7 Millionen sparen auf Kosten der Familien?

Am 19. September beginnt die Referendumsfrist gegen die Änderung des Sozialgesetzes, welche die Kürzung der Prämienverbilligung um 7 Millionen Franken gesetzlich verankern möchte. Die SP hat angekündigt dagegen das Referendum zu ergreifen. Die Frist für die 1500 beglaubigten Unterschriften läuft bis 19. Dezember 2014.

Für die SP haben die Parteien FDP/CVP/SVP/EVP/BDP und glp damit den Bogen deutlich überspannt. Diese Parteien wollen die Staatskasse zu Lasten der Familien sanieren. Dagegen wehrt sich die SP und vertritt die An-

sicht, dass über eine solch gravierende und aus sozialer Sicht völlig unverantwortlicher Massnahme die Stimmbevölkerung das letzte Wort haben soll.

Die Prämien für die Krankenkassen steigen 2015 im Kanton Solothurn erneut um bis zu 15%. Dies stellt für die Familien und Einzelpersonen mit wenig finanziellem Spielraum eine massive Mehrbelastung dar. Zusätzlich sollen jetzt noch die Familien 7 Millionen zur Sanierung der Staatsfinanzen beitragen. Diese auf das gesetzliche Minimum zu senken ist parallel zur massiven Prämienerhöhung verantwortungslos, eines Kantons wie Solothurn gegenüber ihrer Bevölkerung unwürdig und muss an der Urne unbedingt korrigiert werden.

Aus Sicht der SP haben die Solothurner Normalverdienenden genug zur Sanierung der Kantonsfinanzen beigetragen und bittet die Bevölkerung das Referendum zu unterstützen.

Medienmitteilung vom 25. September 2014

Untertunnelung A1 – ASTRA und Regierung dagegen
Landwirtschaft und Anwohner haben das Nachsehen

In einer Medienmitteilung des Regierungsrats des Kantons Solothurn konnte entnommen werden, dass im Rahmen einer Vernehmlassung des Bundes eine Untertunnelung der A1 im Solothurnischen Gäu infolge der Kosten abgelehnt werde. Diese Haltung scheint einfach vom Bundesamt für Strassen (ASTRA) übernommen worden zu sein.

Mit der Begründung, dass „der geplante zwei Kilometer lange Tunnel bei Oberbuchsiten mit deutlich unverhältnismässigen Kosten verbunden" sei, lehnt der Regierungsrat einen umwelt- und für die Landwirtschaft schonenden Ausbau der A1 vorzeitig ab. Der seinerzeitige Vorstoss von Roberto Zanetti im Ständerat (wurde zurückgezogen) und von Urs Schläfli im Nationalrat (noch nicht behandelt), wurde jedoch in Absprache mit dem Baudepartement eingereicht. Dieser verlangt ausdrücklich zur Schonung des Kulturlandes, zur Vermeidung von Geräuschemissionen und Lärmminderung, zur situationsgerechten Revitalisierung der Dünnern und zur Verbesserung der Wildtierübergänge eine zumindest teilweise Untertunnelung.

Ohne zu wissen, was das ASTRA gegen diese Auswirkungen zu unternehmen gedenkt, lehnt die Regierung eine Untertunnelung bereits ab. Im Interesse Aller ist eine solche Haltung und Stellungnahme zum jetzigen Zeitpunkt weder nachvollziehbar noch zu akzeptieren.

In diesem Zusammenhang ist die SP gespannt auf die Antworten der Regierung auf die Interpellation von Markus Ammann „Auswirkungen der

Verkehrsinfrastrukturausbauten im Kanton Solothurn". Eine der Fragen lautet, wieviel Kulturland (insbesondere auch Fruchtfolgeflächen) beim besagten Ausbau auf 6 Spuren benötigt werde.

Weiter zieht die SP den Schluss, dass im Rahmen der Vernehmlassungen des Bundes, der Kantonsrat vermehrt seinen Einfluss wahrnehmen muss (§ 94 Erlasse über die Organisation und die Tätigkeit des Kantonsrates). Es ist anzunehmen, dass gerade bei der Untertunnelung mit einer breit abgestützten Allianz, eine anderslautende Stellungnahme an den Bund verabschiedet worden wäre.

23. Oktober 2014 - Zuchwil

- 83 Delegierte
- Beschlüsse zu den Wahlen
- Prämienverbilligung – Referendum: Referat von Luzia Stocker, Kantonsrätin
- Parolenfassung für den Urnengang vom 30. November 2014
  1. A. «Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich der Einwohnergemeinden (Finanz- und Lastenausgleichsgesetz»
     B. «Steuerungsgrössen im direkten Finanzausgleich»
     - Referentin: Fränzi Burkhalter-Rohner, Kantonsrätin
     - Antrag GL: 2 x JA
     - Parole: JA bei 4 Gegenstimmen
     - Resultat: JA mit «A» 67.48 % / JA «B» 66.11 %
  2. «Teilrevision des Energiegesetzes»
     - Referent: Fabian Müller, Kantonsrat

- Antrag GL: JA
- Parole: JA
- Resultat: JA mit 51.65 %

Medienmitteilung vom 23. Oktober 2014

Parteitag in Zuchwil
Es trifft den unteren Mittelstand

Die Delegierten der SP Kanton Solothurn trafen sich zu ihrem Herbstparteitag in Zuchwil. Es galt die Parolen zu den kantonalen Vorlagen zu beschliessen und zu den eidgenössischen Wahlen wichtige Entscheidungen zu treffen. Weiter hat die SP bekanntlich das Referendum gegen die Änderung des Sozialgesetzes angekündigt und sammelt derzeit Unterschriften.

Mehrere Listen
Listenverbindungen, zwei Stammlisten, eine SP60+-Liste und wiederum eine regionale Listengestaltung – diese Fragen stellten sich den Delegierten. Und diese folgten einstimmig den Anträgen der Geschäftsleitung. Der Abschluss von Listenverbindungen brauche Zeit, Parteipräsidentin **Franziska Roth** bat um Kompetenzerteilung an die Geschäftsleitung, diese abschliessend zu vereinbaren, und bekam diese auch. Zwei regionale Stammlisten haben sich bewährt, daran wolle man festhalten und mit 12 Kandidierenden sowie einer SP60+-Liste die zwei Mandate im Nationalrat verteidigen, so Roth. Diese Entscheidungen seien wichtig für die weitere Planung und bedankte sich bei den 83 anwesenden Genossinnen und Genossen für das Vertrauen.

Gegen Kürzungen bei den Familien
Kantonsrätin **Luzia Stocker** hat in ihrem Referat aufgezeigt, wen es bei der Sparmassnahme denn wirklich am meisten treffen würde: den unteren Mittelstand mit Familien! Es kann und darf nicht sein, dass Menschen mit bescheidenen Einkommen und Familien mit Kindern erneut massive Einbussen hinnehmen müssen, so die Oltnerin. Die Prämienverbilligung stelle einen wichtigen existenziellen Pfeiler dar. Es braucht jedoch noch Anstrengungen die notwendige Volksabstimmung zu erzwingen. Eine derart existenzielle Frage und aus Sicht der SP falsche Entscheidung des Kantonsrats, müsse das Volk beantworten, so Stocker in ihrem Schlussapell und bat um zahlreiche Unterschriften.

Ja zu effizienterem heizen und gerechterem Finanzausgleich
Die Teilrevision des Energiegesetzes garantiere sinnvolle Energienutzung, effizientes Heizen und behagliches Wohnen, so Kantonsrat **Fabian Müller**. Klar, dies sei der Werbeslogan, aber alles andere als einen Etikettenschwindel. Denn, die Teilrevision des Energiegesetzes stärke die effiziente Energie- und Wärmeversorgung im Kanton Solothurn. Strom sei zu wertvoll, um einfach in Wärme umgewandelt zu werden. Deshalb sollen Elekt-

roheizungen mit grosszügiger Übergangsfrist (bis 2030) eingeschränkt werden, denn diese seien ausgesprochen ineffizient, monierte der Balsthaler. **Fränzi Burkhalter - Rohner** aus Biberist warb für den neuen Finanzausgleich unter den Gemeinden, sowie für die Steuerungsgrössen. Diese Vorlagen seien ein Produkt eines Auftrags der SP. Nach vielen Jahren liegen diese jetzt auf dem Tisch und präsentieren sich als gerechtere Lösungen. Das Ziel war eine Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden analog des Bundes, ein Ressourcen- und Lastenausgleich sowie die Eliminierung des indirekten Finanzausgleichs. Die wesentlichen Elemente werden nun umgesetzt. In einem weiteren Schritt müsse dies auch noch im Sozialen geschehen, so die Fraktionschefin. Die Delegierten folgten den Referenten und beschlossen 3 x klar die JA Parole. (Drei Gegenstimmen zum NFA, einstimmig zum Energiegesetz bei wenigen Enthaltungen)

Nationale Vorlagen
Nationalrat **Philipp Hadorn**, informierte über die Volksinitiative „Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre", Nationalrätin **Bea Heim** über „Stopp der Überbevölkerung" und Ständerat **Roberto Zanetti** über „Rettet unser Schweizer Gold". Die SP sagt zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung klar JA, hingegen werden sowohl Ecopop als auch die Goldinitiative abgelehnt.

Medienmitteilung vom 24. November 2014

Referendum
Das Volk wird das letzte Wort haben

Am 19. September hat die SP Kanton Solothurn mit der Unterschriftensammlung für das Referendum gegen die Änderung des Sozialgesetzes begonnen, welche die Kürzung der Prämienverbilligung um 7 Millionen Franken gesetzlich verankern möchte.

Knapp einen Monat vor Ende der Sammelfrist steht fest, die Unterschriftensammlung war erfolgreich, die dafür notwendigen 1500 von den Einwohnergemeinden beglaubigten Unterschriften sind zusammengekommen. Die genaue Unterschriftenzahl wird zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben, da immer noch täglich zahlreiche Unterschriften eingehen.

Auf Kosten des Mittelstands
Die geplante Kürzung um 7 Millionen Franken ginge voll und ganz zu Lasten des Mittelstands und der Familien. Dagegen wehrt sich die Sozialdemokratische Partei mit allen zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln. Während in den vergangenen Jahren im Kanton Solothurn die Vermögenssteuersätze gesenkt und damit wohlhabendere Kreise massiv entlastet wurden, soll nun der Mittelstand die Zeche bezahlen und die verfehlte und gescheiterte Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien ausbaden. Dagegen wehrt sich die SP. Die Prämienverbilligung stellt für Familien mit

Kindern einen wichtigen existenziellen Pfeiler dar, an diesem darf nicht gerüttelt werden. Aus Sicht der SP haben zudem die Solothurner Normalverdienenden genug zur Sanierung der Kantonsfinanzen beigetragen und bittet die Bevölkerung dereinst die ungerechte Sparvorlage an der Urne abzulehnen.

Volk hat das letzte Wort
Damit steht fest, dass zur geplanten Sparmassnahme das Volk das letzte Wort haben wird. Voraussichtlich findet die Abstimmung über die Sparvorlage im März 2015 statt. Zunächst freut sich aber die SP, gemeinsam mit den Grünen und dem Gewerkschaftsbund die das Referendum unterstützt haben bekannt zu geben, dass die Unterschriften am 12. Dezember um 10.30 Uhr vor dem Rathaus in Solothurn der Staatskanzlei übergeben werden. Die Bevölkerung ist eingeladen der Übergabe beizuwohnen.

Medienmitteilung vom 30. November 2014

Abstimmungen
Finanzausgleich und Energiegesetz nehmen Hürde

Die Solothurner Stimmbevölkerung stimmt dem neuen Finanzausgleich und dem Energiegesetz zu. Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn nimmt dieses Ergebnis mit Freude zur Kenntnis. Dass die Ecopop- wie auch die Goldinitiative abgelehnt wurden, ist ein Grosserfolg für die besonnenen Kräfte in diesem Land, für die Arbeitsplätze und für die Unabhängigkeit der Nationalbank. Die Ablehnung der Volksinitiative für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung ist zu akzeptieren. Leider ist es noch nicht gelungen der Bevölkerungsmehrheit darzulegen, dass es einer grossen Ungerechtigkeit gleichkommt, wenn besonders reiche Ausländer in der Schweiz weiterhin Extrawürste geniessen dürfen, während Schweizerinnen und Schweizer Steuerzahler nach geltendem Steuerrecht besteuert werden – ohne Extrawurst. Immerhin wollten 38‘000 Solothurnerinnen und Solothurner, oder über 46% diese Ungerechtigkeit abschaffen.

Fortschrittlicher Finanzausgleich
Erst kürzlich war in einem Leserbrief eines Bürgers aus Feldbrunnen zu lesen, beim Finanzausgleichsgesetz handle es sich um ein sozialistisches Konstrukt und sei deshalb abzulehnen. Es ist richtig, dass der vom Volk angenommene neue Finanzausgleich seinen Ursprung bei der Sozialdemokratischen Partei hat. Die nun mit über 65% angenommene Vorlage ist ein gutes Konstrukt, das Resultat zeigt auf, dass Transparenz und Solidarität hochgehalten werden und im Verbund mit allen Beteiligten gute Ergebnisse herauskommen. Die SP dankt der Bevölkerung im Interesse von allen für dieses Vertrauen.

Energiegesetz: knappes JA
Auch das Energiegesetz entstammt einer SP-Forderung, dieses geht in die richtige Richtung und bestätigt das Solothurner Bekenntnis zur Energiewende. Das denkbar knappe Resultat habe man erwartet, denn auch die Abstimmung im Kantonsrat war äusserst knapp, so Kantonsrat Fabian Müller aus Balsthal. Die SP nimmt das Ergebnis jedoch mit Freude zur Kenntnis. Es zeigt auf, dass je länger je mehr fortschrittliche und zukunftsweisende Entscheide auch in Energiefragen möglich werden und es sich lohne dafür zu kämpfen. Für die SP war es immer ein grosses Anliegen, dass in der Übergangsphase unbedingt Härtefälle verhindert und das Gesetz pragmatisch umgesetzt werden müsse. Das JA konnte so nicht erwartet werden, haben doch die grossen Parteien FDP und SVP, wie auch die Handelskammer, der Hauseigentümerverband und auch der Gewerbeverband die NEIN-Parole beschlossen und sich gegen das Gesetz zur Wehr gesetzt.

29. Januar 2015 - Olten

- 84 Delegierte
- Parolenfassung für den Urnengang vom 8. März 2015
  1. «Änderung des Sozialgesetzes, Senkung der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung, Referendum gegen den Kantonsratsbeschluss vom 3. September 2014»»
  - Referentin: Fränzi Burkhalter-Rohner, Kantonsrätin
  - Antrag GL: NEIN
  - Parole: NEIN
  - Resultat: NEIN mit 52.93 %

2. «Wirtschafts- und Arbeitsgesetz; Änderung der Kantonsverfassung»
- Referenten: Markus Ammann, Kantonsrat / Mark Winkler, Kantonsrat (FDP)
- Anträge GL: NEIN zur Variante 1
  JA zur Variante 2
  Variantenfrage 2 ankreuzen
- Parole: NEIN zur Variante 1
  JA zur Variante 2
  Variantenfrage 2 ankreuzen
- Resultat: NEIN zur Variante 1 mit 56.37 %
  JA zur Variante 2 mit 65.87 %
  JA zur Variante 2 mit 56.37 %

Medienmitteilung vom 30. Januar 2015

Einstimmig NEIN zum Sparen auf dem Buckel der Familien

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn führte ihren Parteitag in der Stadt Olten durch. Auf der Traktandenliste standen zwei gewichtige Themen, über die am 8. März die Solothurner Stimmbevölkerung abstimmen wird: Die massive Kürzung der Prämienverbilligung und das Wirtschaftsgesetz!

Parteipräsidentin **Franziska Roth** eröffnete den Parteitag mit einer Analyse über das Demokratieverständnis der bürgerlichen Parteien im Grossen Rat des Kantons Bern. Dieser habe nämlich erst kürzlich die Prämienverbilligungen gekürzt und dabei die Möglichkeit des Ergreifens eines Volksvorschlags ausgehebelt. Ähnliches Szenario, also wie bei uns! und beendete ihre Rede mit dem Zitat: Freiheit ist das Recht, anderen zu sagen, was sie nicht hören wollen

NEIN zum Sparen auf dem Buckel der Familien
Um die Prämienverbilligungen geht es an der Urne im Kanton Solothurn. Die Mehrheit des Kantonsrats hat diese um 7 Millionen Franken gekürzt, dagegen hat die SP das Referendum ergriffen, deshalb kann die Stimmbevölkerung jetzt mitbestimmen. Es geht nicht an, dass die verfehlte Finanzpolitik der Bürgerlichen nun die Familien ausbaden müssen, die ohnehin schon mit der verhältnismässig hohen Steuerlast den Grossteil der Staatseinnahmen generieren, so die Fraktionschefin **Franziska Burkhalter**. Die 83 anwesenden Delegierten quittierten mit Einstimmigkeit und beschlossen die NEIN-Parole.

Wollen wir einen Verkauf rund um die Uhr?
Mit dem neuen Wirtschafts- und Arbeitsgesetz (WAG) fasst der Kanton Solothurn eine ganze Anzahl von Gesetzen und Verordnungen zusammen und reduziert die Regelungsdichte in diesem Bereich um über die Hälfte. Dies wurde im Kantonsrat grossmehrheitlich mitgetragen. Im Zusammen-

hang mit den Ladenöffnungszeiten wurde diese Einigkeit jedoch für beendet erklärt. Während die einen nach und nach das Konsumangebot rund um die Uhr anstreben und ohne Not der Konsumgesellschaft damit noch Vorschub leisten, möchte die SP etwas mehr Zurückhaltung und mehr Respekt gegenüber den Familien, den Angestellten und dem Vereinsleben. Die ganz grosse Mehrheit der Delegierten war klar der Meinung, dass die Ausdehnung der Öffnungszeiten keinen Mehrwert bedeuten, hingegen die Nachteile gegenüber den zahlreich Betroffenen klar überwiegen, so Kantonsrat **Markus Ammann**.

Medienmitteilung vom 12. Februar 2015

Abstimmungen vom 8. März 2015
SP erstaunt über die paradoxe Haltung der CVP

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn ist erstaunt und enttäuscht über die Parolen der CVP für die Abstimmung vom 8. März 2015. Dass die christliche Partei zur eigenen Familien-Initiative die Ja-Parole beschliesst, ist zwar verständlich aber falsch. Dass sie bei der Prämienverbilligung gegen die Familien das Votum ergreift, ist jedoch enttäuschend und zeugt von der Inkonsequenz dieser Partei.

Haltung der CVP paradox
Die CVP Kantonalpartei stimmt der massiven Senkung um 7 Millionen Franken bei der individuellen Prämienverbilligung für Familien zu und begründet diese Haltung mit dem Sparzwang des Kantons. Im Gegenzug setzt sich die CVP jedoch für ihre nationale Familien-Initiative ein, die im Kanton Solothurn laut dem CVP Finanzdirektor Roland Heim einen Steuerausfall von 26 Millionen Franken für Kanton und Gemeinden zur Folge hat. Diese Haltung der CVP ist inkonsequent und unverständlich.

Stopp dem finanzpolitischen Karussell – Nein zur CVP-Initiative
Die Steuerbefreiung von Familienzulagen mag auf den ersten Blick zwar attraktiv und familienfreundlich erscheinen, ist aber ein Etikettenschwindel: profitieren würden nämlich in erster Linie reiche Familien. Insbesondere auf Bundesebene würden wegen der Progression nur der obere Mittelstand und Personen mit hohem Einkommen steuerlich entlastet. Die massiven Steuerausfälle hätte insbesondere der Mittelstand zu tragen. Dies ist aus Sicht der SP unverantwortlich. Dieses unsinnige finanzpolitische Karussell muss endlich gestoppt werden.

Nein zum Sparen auf dem Buckel der Familien
Aus Sicht der SP dient die individuelle Prämienverbilligung - ohne Giesskanne – gezielt den Familien. Die geplante massive Kürzung kommt einem Entzug wichtiger Kaufkraft des unteren Mittelstandes gleich. Darunter würde auch die Solothurner Wirtschaft leiden, die im Kanton Solothurn infolge der Aufhebung des Mindestkurses arg in Bedrängnis gekommen

ist. Bereits fordern deswegen andere bürgerliche Parteien lautstark nach diversen Entlastungen und Sofortmassnahmen des Staates. Unter anderem werden steuerliche Entlastungen für Devisen- und Warenbeständen gefordert, aber im Gegenzug entziehen die gleichen Parteien mit der massiven Kürzung der Prämienverbilligung den Familien eine wichtige Existenzgrundlage. Die SP des Kantons Solothurn nimmt dies erstaunt zur Kenntnis und bekräftigt nochmals ihr Nein zur Senkung der Prämienverbilligung – Nein zum Sparen auf dem Buckel der Familien und Nein zu weiteren Steuersenkungen.

Medienmitteilung vom 8. März 2015

Dank an die Stimmbevölkerung

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn nimmt das Abstimmungsresultat vom 8. März mit Freude und Genugtuung zur Kenntnis. Die klare Ablehnung der Kürzung der Prämienverbilligung, sowie der Marschhalt bei der Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ist das Verdikt der Solothurner Stimmbevölkerung. Es beweist einmal mehr, dass Extremforderungen nicht gutgeheissen werden. Die SP erwartet, dass die bürgerlichen Parteien dies nun zur Kenntnis nehmen und die Entscheidungen akzeptieren.

Solidarisch und vernünftig
Für die SP war das Ergreifen des Referendums eine Verpflichtung gegenüber der grossen Mehrheit. Die Entscheidung der Stimmbevölkerung zur geplanten Kürzung der Prämienverbilligung ist ein Akt der Solidarität und Vernunft. Das Abstimmungsergebnis zeigt, dass das Volk sehr wohl Recht und Unrecht unterscheiden kann. Aus Sicht der SP dient die individuelle Prämienverbilligung - ohne Giesskanne – gezielt den Familien des unteren Mittelstands. Die durch die bürgerlichen Parteien (FDP, CVP, SVP, BDP, EVP, glp) im Kantonsrat durchgeboxte Kürzung wäre einem Entzug wichtiger Kaufkraft tausender Menschen gleichgekommen und hätte weitere Armut geschaffen. Die SP ist erfreut, dass sich die Solothurnerinnen und Solothurner nicht täuschen liessen und einmal mehr pragmatisch und solidarisch entschieden haben. Für die SP steht fest, dass sparen auf dem Buckel der Familien nicht akzeptiert wird und sie erwartet, dass in Zukunft von Kürzungen bei der Prämienverbilligung ein für alle Mal abgesehen wird.

Beginn der 24-Stunden-Konsumgesellschaft erneut gestoppt
Die Annahme der Variante 2 (Status Quo) des Wirtschafts- und Arbeitsgesetzes macht deutlich, dass die Solothurnerinnen und Solothurner genug Möglichkeiten sehen ihren Einkaufsgewohnheiten nachzukommen. Zudem haben sie erkannt, dass durch eine massive Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten weder mehr eingekauft und konsumiert wird, noch die Menschen glücklicher werden. Die SP hat immer darauf hingewiesen, dass

durch weitere Liberalisierungen der Druck auf das Verkaufspersonal gestiegen wäre, der Franken nur einmal ausgegeben werden kann, das Familienleben gelitten hätte, das «Lädelisterben» weitergegangen wäre und das Vereinsleben torpediert wird. Die SP erwartet auch hier, dass die bürgerlichen Parteien und die Wirtschaftsverbände das klare Resultat des Solothurner Souveräns akzeptieren und ihre Liberalisierungspläne schubladisieren.

Medienmitteilung vom 20. März 2015

Vergabepraxis
SP ist konsterniert über die Ergebnisse der Zeitungsrecherchen

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn hat den Bericht der AZ Medien vom 20. März über die Vergabepraxis im Finanzdepartement mit grosser Besorgnis zur Kenntnis genommen. Die Partei stellt erneut konsterniert fest, dass insbesondere im Zusammenhang mit dem Geschäft „Steuerdatenscanning" einiges im Argen liegt. Wir müssen davon ausgehen, dass gemäss Bericht, das Submissionsgesetz geritzt wurde, so Parteipräsidentin Franziska Roth. Und es geht nicht an, dass über viele Jahre hinweg ein Vergabevolumen dauernd erhöht wurde und heute den hohen 11 Millionen-Betrag erreicht habe, so Roth weiter, notabene immer ohne geltendes Recht anzuwenden. Hier hat das interne Kontrollsystem total versagt und die Angelegenheit scheint auch dem Departement über den Kopf zu wachsen.

Die SP fordert eine lückenlose Aufklärung und Offenlegung, eine Vergabepraxis nach geltendem Recht, ein transparentes und funktionierendes

Kontrollsystem und im Zusammenhang mit dem Steuerdatenscanning zurück auf Feld 1.

Im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Personendaten durch Dritte, ist die SP gespannt auf die Beantwortung der Interpellation von Susanne Schaffner. Die SP will wissen welche weiteren Daten, nebst den Steuerdaten, ausserhalb der kantonalen Verwaltung bearbeitet werden und wie der Datenschutz sichergestellt wird.

28. März 2015 – Grenchen - Nominationsparteitag

- 123 Delegierte
- Gastredner Christian Levrat, Präsident der SP Schweiz

- Nomination Ständerat: Roberto Zanetti
- Nomination Nationalrat: siehe Bild

Medienmitteilung vom 29. März 2015

Roberto Zanetti furs Stöckli nominiert
Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn hat an ihrem Parteitag vom 28. März in Grenchen ihre Kandidatinnen und Kandidaten für den National- und Ständerat nominiert. Für die Wahlen im Oktober steigt Roberto Zanetti wiederum fürs Stöckli ins Rennen und für den Nationalrat, neben den bisherigen Bea Heim und Philipp Hadorn, zahlreiche engagierte Genossinnen und Genossen.

Parteipräsidentin Franziska Roth lobte in ihrer Eröffnungsrede die Solothurner Stimmbevölkerung für die Abstimmungsergebnisse vom 8. März, sie sei voll und ganz den Empfehlungen der SP gefolgt. *„Widerstand lohnt sich auch dann, wenn man mit Themen nicht unbedingt hoch hinausfliegen kann. Das bewiesen wir am letzten Abstimmungssonntag. 53% der Stimmbevölkerung zeigten sich solidarisch und gerecht. Sie sagten Nein zur unfairen Änderung des Sozialgesetzes, das die Prämienverbilligung um 7 Millionen kürzen wollte und somit JA zu unserem vorausgegangen sozialdemokratischen Handeln, nämlich dem Ergreifen des Referendums"*, so die kämpferische Parteipräsidentin.

Standing Ovation für Zanetti
Versammlungsleiter und Vizepräsident Hardy Jäggi bat Ständerat Roberto Zanetti ans Rednerpult und dieser meinte in seiner unterhaltsamen Rede, *„Meine parlamentarische Lehrzeit ist abgeschlossen und ich fühle mich voll im Saft. Deshalb möchte ich sehr gerne meine zweite volle Legislaturperiode als solothurnischer Ständerat in Angriff nehmen. Ich bin überzeugt, die Interessen unseres Kantons und der weniger privilegierten Menschen in unserem Land noch wirkungsvoller vertreten zu können. Das ist nötig,*

weil ich auch in Zukunft gerne für eine offene, solidarische und moderne Schweiz kämpfen will. Ich bitte Euch darum, mich dabei zu unterstützen." Die 141 anwesenden Delegierten mussten sich darum nicht bitten lassen und schickten ihren roten Röbu mit langanhaltender Standing-Ovation ins „Stöckli-Rennen".

Starke Listen für den Nationalrat
Erstmals treten die Sozialdemokraten mit einer SP60+ Liste an, sowie zwei regionalen Stammlisten. Allesamt haben sie sich einzeln vorgestellt und in aller Verschiedenheit den Delegierten ihre Motivation dargelegt – humorvoll, individuell, spannend, kämpferisch, witzig und hochmotiviert. Mit Bea Heim und Philipp Hadorn als bisherige Zugpferde ist es das erklärte Ziel der Genossinnen und Genossen am 18. Oktober 2015 weiterhin mit 3 Personen in Bern zugegen sein. Damit dieses Ziel erreicht werde, brauche es ein grosses Engagement von allen, als ob man eine Referendumsabstimmung gewinnen will *„einfach vom Anfang bis am Schluss alle an einem Strick ziehen*", meinte etwa Vizepräsident Hardy Jäggi zum Schluss der Versammlung.

Christian Levrat – Richtungswahl
Der Parteipräsident der SP Schweiz sprach in seiner Rede von einer Richtungswahl im Herbst, wollen wir eine Schweiz die sich abschottet, eine Politik für die Reichen und Börsenspekulanten, eine Schweiz die die Menschenrechte abschaffen und von der übrigen Welt nur profitieren möchte, oder wollen wir eine Schweiz für alle, eine offene, solidarische und gerechte Politik. Eine Schweiz wo auch ältere Arbeitnehmende noch eine Arbeit bekommen, eine Schweiz in der man Beruf und Familie vereinbaren kann, eine Schweiz in der junge Menschen eine gute Bildung bekommen und eine Schweiz die bereit ist, wenn andere Länder in Not sind, zu helfen. Die Genossinnen und Genossen dankten ihrem Präsidenten mit einem langen Applaus für seine engagierten Worte.

Zuletzt meinte Levrat mit einem Schmunzeln im Gesicht, er sei auf Zanetti etwas neidisch, seine Beliebtheit bei den Bauern sei noch höher als die seine, dies aus einem landwirtschaftlich geprägten Kanton Fribourg kommend, worauf Zanetti meinte, ebenfalls mit einem Schmunzeln, die SVP sei «stinkhässig» dass ihnen die Idee nicht gekommen sei, die traditionellen Viehschauen zu retten – und dies noch ohne Mehrausgaben für den Bund!

Die Kandidierenden
Bildlegende (vlnr): Urs Huber (Obergösgen), Remo Bill (Grenchen), Soner Yaprak (Bettlach), Philipp Hadorn (Gerlafingen), Peter Schafer (Olten), Yabgu R. Balkaç (Olten), Fränzi Burkhalter-Rohner (Biberist), Ursula Ulrich-Vögtli (Olten), Roberto Zanetti (Gerlafingen), Andreas Bühlmann (Biberist), Elina Häring (Gempen), Franziska Roth (Solothurn), Hermann Fenzel (Solothurn), Simon Esslinger (Seewen), Bea Heim (Starrkirch-Wil), es fehlen Max Schmid und Hanspeter Mathys

Medienmitteilung vom 1. April 2015

Rechnung 2014
Erwartetes Defizit zeigt auf: Massnahmen auf der Einnahmenseite waren nötig

Die SP stellt fest, dass die Rechnung 2014 besser abschneidet als budgetiert: Das operative Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit weist mit einem Aufwandüberschuss von 95,3 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag eine Verbesserung von rund 17 Mio. Franken aus. Das Ergebnis zeigt, dass es notwendig war die Steuersenkung bereits für das Jahr 2014 für natürliche Personen rückgängig zu machen. Zum besseren Ergebnis haben aber auch Minderausgaben in den einzelnen Ämtern geführt, wobei im Bereich Bildung und Bau nach Ansicht der SP weiterhin die Budgetgenauigkeit verbessert werden könnte.

Mindereinnahmen „dank" USR II
Die Finanzplanung hat es seit 2012 aufgezeigt, dass der Kanton Solothurn auch in den nächsten Jahren einerseits Mehrausgaben in den Leistungsfeldern Soziales (z.B. Kinder- und Erwachsenenschutz, Ergänzungsleistungen) und Gesundheit (Spital- und Pflegekostenfinanzierung) und andererseits Mindereinnahmen als Folge der unnötigen Steuergeschenke an die Vermögenden verkraften muss. Unbestritten ist heute, dass die Unternehmenssteuerreform II zu massiven Mindereinnahmen geführt hat. Damit wird es immer schwieriger nicht voraussehbare Mindereinnahmen wie der 2014 nicht eingetroffene Anteil am Gewinn der Nationalbank und die stagnierenden Einnahmen bei den juristischen Personen aufzufangen. Wertberichtigungen des Finanzvermögens wie sie wegen des Kursverlusts der Alpiq-Aktien bereits 2013 und nun auch in der Rechnung 2014 gemacht werden, schlagen sich zwar im aktuellen Ergebnis mit 39 Mio. Franken nieder, für die langfristige Finanzplanung sind das aber keine entscheidenden Faktoren.

Talsohle erreicht
Das Eigenkapital des Kantons ist in der Zwischenzeit zusammengeschmolzen, weil die bürgerliche Mehrheit des Kantonsrates Steuersenkungen beschlossen hat, obwohl das Manko auf der Einnahmenseite bereits voraussehbar war. Der Abbau des Eigenkapitals wurde so bewusst in Kauf genommen. Das Rechnungsergebnis 2014 zeigt daher erneut auf, dass nebst den eingeleiteten Sparmassnahmen, die offensichtlich bereits 2014 gegriffen haben, weiterhin nachhaltige Massnahmen auch auf der Einnahmenseite getroffen werden müssen. Die SP ist trotzdem überzeugt, dass mit dem Rechnungsabschluss 2014 die Talsohle erreicht ist und bereits 2015 sich die finanzielle Zukunft des Kantons Solothurn wieder positiver gestalten wird.

Tiefe und mittlere Einkommen entlasten
Die SP setzt sich daher weiterhin dafür ein, dass kleine und mittlere Einkommen steuerlich nicht noch mehr belastet, sondern entlastet werden und die Vermögenden einen ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden Beitrag an den Staatshaushalt leisten. Die Belastung der kleinen und mittleren Einkommen gehört zu den höchsten im interkantonalen Vergleich. Bei den Vermögenssteuern liegt der Kanton Solothurn hingegen bei den tiefsten. Diese einseitige Steuerstrategie ist für die SP ungerecht und führt zu unnötigen Steuerausfällen. Sie muss korrigiert werden. Nur so wird der Kanton Solothurn auch künftig seine Aufgaben in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales und Umwelt verantwortungsvoll erfüllen können.

Medienmitteilung vom 7. Mai 2015

Gedenken an Kriegsende
SP pflanzt Friedenslinde im Wasseramt

Am 8. Mai 2015 jährt sich zum 70. Mal das Ende des 2. Weltkriegs. Damit das Gedenken daran nicht nur eine Angelegenheit von Regierungen und Diplomaten wird, hat die SP in Bolken im Rahmen der Feierlichkeiten von 125-Jahre SP Kanton Solothurn eine Linde gepflanzt, verbunden mit dem Dank an alle, die zum europäischen Friedenswerk beitragen. Über 50 Personen nahmen am Gedenkanlass teil und hörten den interessanten Ausführungen des Referenten, Ruedi Tobler, Präsident des Schweizerischen Friedensrates, zu.

„Dass wir zum 70-jährigen Gedenken an das Ende des 2. Weltkrieges in Europa heute eine Friedenslinde pflanzen, hat seinen ersten Grund in der Dankbarkeit gegenüber den Alliierten, die damals die Achsenmächte besiegt und die nationalsozialistische Schreckensherrschaft in Europa beendet habe", so Ruedi Tobler zu Beginn seines Referats in Bolken. Dabei wolle man auch die dunklen Seiten nicht vergessen, etwa die Flüchtlingspolitik. Humanitäres Engagement war damals Widerstand gegen die offizielle Politik, wie heute leider schon wieder, meinte Tobler weiter.

Zur Zeit des 2. Weltkrieges war die Schweiz wirtschaftlich sehr stark von Nazideutschland abhängig und hat sich selber weitestgehend ins Wirtschaftssystem der Achsenmächte integriert – stärker als sie heute mit den bilateralen Verträgen wirtschaftlich an die EU gebunden ist. Tobler wörtlich *„es ist entlarvend, dass unsere Rechtsaussenpartei die damaligen Verhältnisse als Zeit des Widerstandes und der Selbstbehauptung mythologisch verklärt – während sie das gegenseitig ausgehandelte Verhältnis zur EU als Knechtung und Umzingelung verteufelt.*"

Die Alliierten haben nicht den Fehler gemacht, sich als Sieger aufzuspielen und sich an den Besiegten schadlos zu halten. Mit der Gründung der Vereinten Nationen haben sie in der UNO-Charta den Anspruch erhoben, eine friedliche Weltordnung zu schaffen, «künftige Geschlechter vor der Geissel des Krieges zu bewahren» und «die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen». Auch für diese Ziele setze man mit der Pflanzung der Friedenslinde ein Zeichen. 70 Jahre nach der Gründung der UNO – sei man dennoch meilenweit davon entfernt, dass die Menschheit von der Geissel des Krieges bewahrt würde. *„Die Entwicklungen seit einiger Zeit sind tatsächlich besorgniserregend und schockierend, nur schon, wenn wir die immer noch wachsende Zahl der Menschen anschauen, die weltweit auf der Flucht sind – über 50 Millionen sind es, so viele wie seit dem Ende des 2. Weltkriegs nicht mehr*", meinte der Referent aus dem Appenzellerland. Und trotzdem falle die Bilanz nicht so negativ aus. Fairerweise dürfe man den Erfolg der UNO nicht nur an den Zielen messen, sondern auch an ihren Mitteln und an den Verhältnissen, die die Entwicklung der Welt seit dem 2. Weltkrieg prägten.

Nach dem Ende des Kalten Krieges habe die Anzahl der UNO-Friedensoperationen massiv zugenommen, etliche UNO-Friedensmissionen haben eine stabilisierende bis deeskalierende Wirkung gehabt. Aber auch Misserfolge und Übergriffe durch Blauhelmsoldaten dürfen nicht schöngeredet werden. Das Engagement der Schweiz in diesem Bereich lasse allerdings stark zu wünschen übrig. Gut zwanzig Jahre nach dem Scheitern der Blauhelmvorlage von 1994 wäre es an der Zeit, die Rolle der Schweiz bei UNO-Friedensmissionen grundlegend zu überdenken. *„Dürfen wir die Hoffnung haben, dass das Engagement der Schweiz für die UNO-Friedensmissionen zusammen mit der heute gepflanzten Friedenslinde wächst?*" fragte Tobler in die Runde. Und die Schweiz nicht nur in diesem Bereich aktiv dazu beiträgt, dass die UNO ihr Ziel verwirklichen kann, künftige Generationen vor der Geissel des Krieges zu bewahren. Dafür braucht es heute und morgen unseren Einsatz – eben auch mit der Pflanzung einer Friedenslinde!

Medienmitteilung vom 11. Mai 2015

Nationalratswahlen
SP60+ mit voller Liste

Die Sozialdemokratische Partei Kanton Solothurn hat ihre Kandidierenden für die National- und Ständeratswahlen im März nominiert und beschlossen mit einer dritten Listen an den Wahlen teilzunehmen. Das erklärte Ziel, 2 SP-Sitze im Nationalrat und den Sitz im Ständerat mit dem amtierenden Roberto Zanetti, soll damit erreicht werden.

Jetzt steht fest, wer für die Liste SP60+ kandidiert. Angeführt wird sie von Ursula Ulrich-Vögtlin aus Olten. Ulrich ist von Beruf Biologin und sass bereits einmal im Nationalrat und ist Willens auch Jahre danach, ua. „enkeltaugliche" Politik in Bern mitzugestalten. Aus Balsthal tritt der Erwachsenenbildner Heinz von Arb an. Von Arb war im Gemeinderat von Balsthal und setzt sich mit grossem Engagement für die Jugend ein. Mit Hubert Jenni, penionierter Bezirkslehrer, alt Kantonsrat und ehemaliger Präsident der Kantonalpartei, konnte ebenfalls ein Mann mit grossem Politwissen für die Liste gewonnen werden. Die weiteren Kandidierenden: Hermann Fenzel, Kaufmann, pensioniert und Hausmann aus Solothurn; Hanspeter Mathys, Seminarlehrer, pensioniert aus Solothurn und Max Schmid, Kaufmann, pensioniert aus Lüterkofen.

Soziale Gerechtigkeit statt Ausgrenzung
Die SP freut sich, dass mit den zwei Stammlisten, sowie der Liste 60+ und zwei Listen der Jungparteien zahlreiche Personen als Kandidierende im Wahlkampf für soziale Gerechtigkeit statt Ausgrenzung einstehen.

Parteitag vom 21. Mai 2015 – Starrkirch-Wil

- 56 Delegierte
- Wahlplattform und Mobilisierungskampagne
- Nationale Vorlagen

Medienmitteilung vom 22. Mai 2015

Parteitag der SP Kanton Solothurn
Ja zur Wahlplattform 2015

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn führte ihren Frühlings-Parteitag in Starrkirch-Wil durch und befasste sich mit den nationalen Vorlagen vom 14. Juni. Auf der Traktandenliste standen auch die Wahlplattform und die Basiskampagne für die Wahlen 2015.

Parteipräsidentin **Franziska Roth** appellierte an die Delegierten in ihrer Eröffnungsrede ***„lasst uns mit roter Fahne und erhobenen Hauptes dranbleiben, bis wir gerechter, freier und solidarischer sind. Der Grundstein für eine gesunde Gesellschaft liegt links, dort wo das Herz schlägt und nicht hinten rechts in der Gesässtasche beim Portemonnaie"***. Die mit Millionen von Franken geführte Lügen-Kampagne gegen die Erbschaftssteuer sei ein Affront gegen die 98% der Bevölkerung, die weniger besitzen als die restlichen 2%! Und Roth weiter, *„bleiben wir weiter dran, bis dass der bürgerliche Schulterschluss als das entlarvt wird was er ist: Wahlarithmetik auf Kosten der Demokratie und Freiheit aller im Land lebenden Menschen!"*. Die Anwesenden waren mit der Präsidentin einig und dankten mit langanhaltendem Applaus.

Viel erreicht – aber noch viel zu tun!
Oppositionslos genehmigten die Genossinnen und Genossen die kantonale Wahlplattform für die Wahlen 2015. Diese diene insbesondere den Kandidierenden während der Wahlkampagne und zeige einerseits auf was die SP in den vergangenen Jahren erreicht habe und andererseits, was noch dringend zu tun sei. Insbesondere gelte es für die Lohngleichheit zu kämpfen, die Arbeitsplätze in der Industrie zu erhalten und die Steuern für die tiefen Einkommen zu senken. Aber auch in der Bildung, im Sozialen, in der Gesundheit und im öffentlichen Verkehr gebe es alarmierende Abbaupläne der bürgerlichen Parteien. Zudem entpuppen sich die massiven Steuersenkungen im obersten Vermögensbereich einmal mehr als einen Fehler. Die erwarteten Mehreinnahmen durch Zuzüge reicher Menschen blieben aus. Die SP habe dies vorausgesagt und jetzt kommen weitere Errungenschaften massiv unter Druck. Die Ergänzungsleistungen für finanzschwache Familien müsse man überprüfen, so die Bürgerlichen – dies nachdem das Volk die Kürzung bei den Prämienverbilligungen, gegen den Willen der grossen bürgerlichen Parlamentsmehrheit, abgelehnt hat. ***Bleiben wir dran, bleiben wir uns treu und setzen uns ein für Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit.*** Die Wahlplattform wurde einstimmig verabschiedet.

Basiskampagne vorgestellt
Seit einigen Wochen sei er als Campaigner am Arbeiten, mit dem Ziel im September und Oktober im Kanton Solothurn ca. 10‘000 Personen telefonisch zu kontaktieren und für die Wahlen vom 18. Oktober an die Urne zu holen, so Walter Husi, alt Kantonsrat und Campaigner der SP Kanton Solothurn. Es gehe nicht darum wildfremde Menschen anzurufen, sondern Sympathisantinnen und Sympathisanten zu mobilisieren, die sonst das

Wählen „auslassen". Die Erfahrungen in Luzern und Zürich haben gezeigt, es funktioniere und die Menschen reagieren fast ausschliesslich positiv. Bei seiner bisherigen Arbeit sei auch er auf fast nur positive Reaktionen gestossen und er sei guten Mutes, dass die gesteckten Ziele erreicht werden können.

Nationale Vorlagen vom 14. Juni
Die Delegierten beschlossen, analog der SP Schweiz, folgende Parolen für die Abstimmungen vom 14. Juni (in Klammer Referenten/Referentin).

Während die Vorlage über die Fortpflanzungsmedizin einiges zu diskutieren gab, waren die anderen Fragen unbestritten – Fazit: 3 x JA und 1 x Stimmfreigabe!

1. **Stimmfreigabe:** Bundesbeschluss vom 12. Dezember 2014 über die Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich **(Hans Stöckli, Ständerat BE PRO / Georg Mattmüller, Grossrat BS KONTRA)**
2. **Ja:** Volksinitiative vom 20. Januar 2012 «Stipendieninitiative» **(Bea Heim, Nationalrätin SO)**
3. **Ja:** Volksinitiative vom 15. Februar 2013 «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)» **(Philipp Hadorn, Nationalrat SO)**
4. **Ja:** Änderung vom 26. September 2014 des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen **(Peter Moor, Präsident SRG AG-SO)**

Medienmitteilung vom 1. Juli 2015

Ansiedlung von Biogen in Luterbach
Aktive Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik zahlt sich aus

Die Sozialdemokratische Partei freut sich über die Ansiedlung von Biogen in Luterbach. Nach zahlreichen Schliessungen von Grossfirmen, ist dies eine erfreuliche Nachricht. 400 neue Arbeitsplätze sollen entstehen, mit Aussicht auf mehr. Und die Hoffnung besteht, dass auch das Gewerbe, sowie Zulieferer in der Region davon profitieren werden.

Aktivere Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik, sowie eine sinnvolle Raumplanung zahlt sich aus und lohnt sich langfristig. Zudem ist sehr erfreulich, dass die Neuansiedlung auf einer Industriebrache erfolgen kann.

Entscheidend für die Standortwahl waren die „stabilen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die gute Infrastruktur und der Zugang zu gut ausgebildeten Arbeitsplätzen" so die Geschäftsführerin von Biogen Schweiz im Zeitungsinterview vom 1. Juli. Diese Aussagen sind für die SP einmal mehr der Beweis dafür, dass der Kanton Solothurn gut aufgestellt ist, zu Unrecht von verschiedensten Seiten schlechtgeredet wird und als verlässli-

cher Partner auftritt. Diese wichtigen Faktoren, die zur Ansiedlung geführt haben, entsprechen den langjährigen Forderungen der SP in Bezug auf Bildung, Löhne, Industrie und Verkehr. „Es zahlt sich eben aus in das duale Bildungssystem zu investieren und dieses zu stärken", so Parteipräsidentin Franziska Roth, zudem biete der Standort bezahlbaren Wohnraum und gute Verkehrsanbindungen.

Die Regierung, die Wirtschaftsförderung und alle weiteren Akteuren haben ganze Arbeit geleistet.

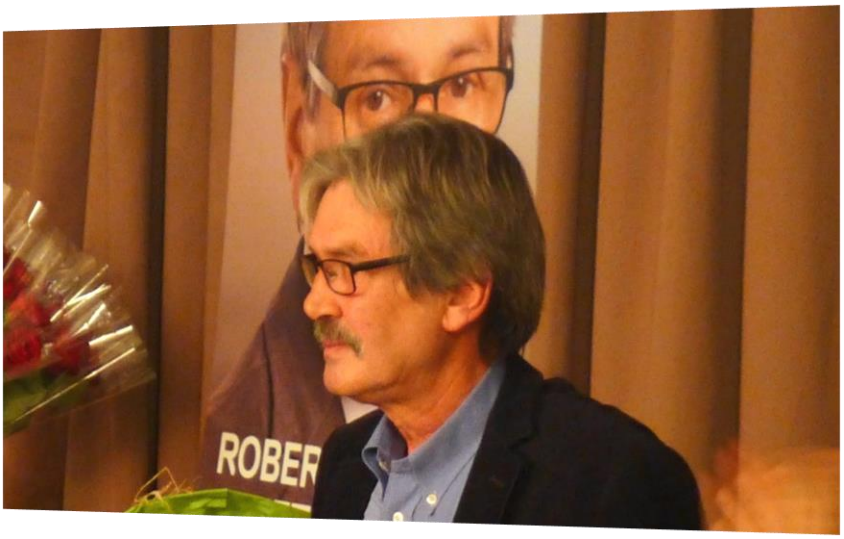
Medienmitteilung vom 7. Juli 2015

Nationalratswahlen
SP und Grüne spannen auch 2015 zusammen

Die National- und Ständeratswahlen 2015 sind für die Zukunft der Schweiz entscheidend. Wird sich die Schweiz weiter gegen Europa abschotten? Kündigen wir die Europäische Menschenrechtskonvention? Halten wir an der Energiewende fest? Die SP steht für eine offene, umweltfreundliche, nachhaltige, gerechte und soziale Schweiz ein und will mithelfen, die Schweiz weiter nach vorne zu bringen. Wir wollen keine Mauern oder Zäune bauen und keine internationalen Vereinbarungen torpedieren. Wir stehen ein für Menschenrechte und die bilateralen Verträge mit der EU. Aus diesen Gründen ist eine Listenverbindung im fortschrittlichen Lager logisch. Die SP ist hoch erfreut, dass die Grüne Partei des Kantons Solothurn ihre Anfrage positiv beantwortet hat und ist offen für weitere Verbündete für eine fortschrittliche und nachhaltige Schweiz.

Parteitag vom 19. Oktober 2015 - Solothurn

- 84 Delegierte
- Nomination von Roberto Zanetti für den 2. Wahlgang «Ständerat»



Medienmitteilung vom 30. Oktober 2015

Gesamtüberprüfung kantonaler Richtplan- Vernehmlassung
Bitte ehrliche und konsequente Leitplanken setzen

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn hat in ihrer Stellungnahme zur Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans zahlreiche Änderungen eingebracht. Die Partei erwartet, dass anlässlich der Überarbeitung die Vorlage konkreter wird, Widersprüche ausgeräumt, vorhandene Hintertüren geschlossen und zusätzliche Leitplanken gesetzt werden.

Die Partei fordert eine deutlichere Siedlungsentwicklung nach innen. Mit diesem Richtplan wird dem verdichteten Bauen viel zu wenig Rechnung getragen und es werden mehr Wunsch-Entwicklungsszenarien als deren realistische aufgeführt. Diesbezüglich braucht es Korrekturen. *Der Kanton Solothurn müsse sich ehrlicherweise langfristig auf ein geringes Wachstum oder sogar eine Stagnation einrichten. Entwicklungsansätze und die Wachstumsprognosen sind zu korrigieren*, so Kantonsrat Fabian Müller. *Entsprechend anzupassen sind damit die vorgesehenen Bauzonen und insbesondere die Reservezonen, so dass sie konsequent auf realistische Werte ausgerichtet sind.* Auch im Bereich Siedlung und Verkehr, Energie und Kulturland gibt es Verbesserungspotenzial und dazu von der SP klare Anträge.

Die spezielle Förderung der TOP-Entwicklungsstandorte irritiert die SP, weil damit (qualitativ möglicherweise gleichwertige) Standorte im Kanton im Richtplan ungleich behandelt werden. Es sind auch ausserhalb der Hauptstadtregion gelegene Standorte auf das gleiche Qualitätsniveau zu heben und entsprechend im Richtplan zu aufzunehmen. Anderenfalls ist die Erwähnung der TOP Standorte aus dem Richtplan zu entfernen.

Die SP hat zum Richtplan eine umfassende Stellungnahme mit zahlreichen Anträgen eingereicht, erwartet substanzielle Verbesserungen, klarere Leitplanken und realistische Prognosen. Ein Richtplan soll eine zukunftsgerichtete Anleitung des Zusammenlebens von Natur, Mensch und Wirtschaft sein und keine vergangenheitsorientierte Schönwetterprognose darstellen.

Medienmitteilung vom 15. November 2015

Mir wetti dr Zanetti

Herzliche Gratulation
Die Partei gratuliert ihrem bisherigen und neuen Ständerat ganz herzlich zu seiner glanzvollen Wiederwahl. *„Roberto Zanetti ist ein ehrlicher, integrer, fassbarer und eben auch ein volksnaher Mensch, seine Wahl ist folgerichtig und stand bereits früh am Nachmittag fest"*, meinte Parteipräsidentin Franziska Roth nach der Auszählung aller Stimmen. Der grosse

Stimmenunterschied sei eine erfreuliche Überraschung. Denn Zanetti hat zu keinem Zeitpunkt seine linken Positionen relativiert. Dennoch hat er in einem überaus bürgerlichen Kanton in der Bevölkerung viel Support erhalten. Dafür mussten einige bürgerliche Wählerinnen und Wähler über ihren ideologischen Schatten springen. Ihnen gebührt dafür ein besonderer Dank!
Roberto Zanetti wird auch in Zukunft aus einer klaren politischen Position heraus Hand bieten zu konstruktiven Lösungen im Interesse unseres Kantons und seiner Bevölkerung.

Dank
Die Sozialdemokratische Partei möchte folgenden Parteien und Organisationen für ihre Unterstützung herzlich zu danken:

- JUSO Kanton Solothurn
- Junge SP Region Olten
- Grüne Partei Kanton Solothurn
- Junge Grüne Kanton Solothurn
- Grünliberale Partei Kanton Solothurn
- Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn
- Staatspersonalverband Kanton Solothurn
- Solothurner Kantonaler FISCHEREI-VERBAND
- WWF Solothurn
- Unternehmerinitiative neue Energie Solothurn

Dem unterlegenen Kandidaten der SVP, Walter Wobmann, gebührt Dank für den stets fair geführten Wahlkampf.

Parteitag vom 28. Januar 2016 - Dulliken

- 44 Delegierte
- Parolenfassung für den Urnengang vom 28. Februar 2016
  Kantonal
  1. «Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme; Wehr Biberist bis Aare»
  - Referent: Markus Ammann, Kantonsrat
  - Antrag GL: JA
  - Parole: JA
  - Resultat: JA mit 83.05 %

  Weil die SP zu den nationalen Vorlagen am 28. Januar Parolen beschliesst, werden diese auch aufgeführt. Die Partei beabsichtigt dies in Zukunft immer zu tun und stellt den Delegierten für den folgenden Parteitag einen Antrag, die Statuten entsprechend anzupassen.

National	Parole SP	Resultat SO	CH
- VI Heiratsstrafe	NEIN	JA 51.73 %	NEIN 50.8 %
- VI Durchsetzung	NEIN	NEIN 57.00 %	NEIN 58.9 %
- VI Nahrungsmittel	JA	NEIN 59.78 %	NEIN 59.9
- 2. Gotthardröhre	NEIN	JA 65.29 %	JA 57.0 %

Medienmitteilung vom 17. Februar 2016

Stahlwerk Gerlafingen
Was ist los im Volkswirtschaftsdepartement?

Die Sozialdemokratische Partei hat mit Bestürzung den Medien (17. Februar) entnehmen müssen, dass die Schliessung der Lehrwerkstatt im Stahlwerk Gerlafingen hätte verhindert werden können. Angesichts der Aussagen des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) für eine unkonventionelle Lösung Hand bieten zu wollen, ist deren Ablehnung durch das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) skandalös.

Gemäss dieser Meldung führt das Verhalten von Regierungsrätin Esther Gassler und Amtschef Jonas Motschi zur Vernichtung von wertvollen Ausbildungsplätzen für industrielle Berufe. Es soll sogar ein fixfertiger Plan vom Seco zur Rettung der Lehrlingswerkstatt im Stahlwerk vorgelegen haben, der wohlgemerkt von der Betriebsleitung und Gewerkschaft Unia abgesegnet wurde, mit der Unterstützung und Einsatz der Ständeräten Pirmin Bischof (CVP) und Roberto Zanetti (SP). Dass ausgerechnet die Verantwortlichen des Industriekantons Solothurn diesen Rettungsplan verhindert haben, ist ein Skandal.

Da werden Pläne geschmiedet, der Deindustrialisierung im Kanton entgegenzuwirken und was macht das zuständige Amt? Es antwortet mit der Begründung Nein, die Lösung sei nicht buchstabengetreu dem Gesetz ent-

sprechend. Solche Paragraphenreiterei vernichtet wichtige Ausbildungsplätze! Diese Haltung akzeptiert die SP Kanton Solothurn nicht.

Die SP fordert: sofort zurückbuchstabieren! Der Deindustrialisierung des Kantons mit einer aktiven Industriepolitik entschieden entgegenwirken, Hand bieten für unkonventionelle Lösungen, die Berufsbildung fördern und Ausbildungsplätze erhalten. Diese Aufgaben hat das Volkswirtschaftsdepartement unter Ausnutzung aller entsprechenden Handlungsspielräume auszuführen.

Für die SP ist absolut zentral, dass sich einerseits die Firmen rasch den Marktsituationen anpassen können und andererseits die Berufsausbildung nicht vernachlässigt wird. Damit dies gewährleistet ist, braucht es Wissen, Handlungsspielraum, Willen und Kommunikationsbereitschaft. Während die ersten beiden Voraussetzungen erfüllt sind, happert es anscheinend unverständlicherweise beim Willen und in der Kommunikation.

Medienmitteilung vom 28. Februar 2016

Danke für den Erhalt des Rechtsstaats und der Menschlichkeit!

Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn nimmt die Abstimmungsergebnisse mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis. Sie stellt fest, dass die Entscheidung zur «Entrechtungsinitiative» zwar unerwartet erfreulich negativ ausgefallen ist. Bis dieses Resultat jedoch möglich werden konnte, brauchte es ein enormes Engagement von Tausenden von Einwohnerinnen und Einwohnern dieses Landes. Die SP stellt mit Befriedigung fest, dass viele Menschen endlich aufgewacht sind und realisiert haben, dass es nicht mehr nur «um Zeichen setzen» geht, sondern dass der Rechtsstaat ernsthaft bedroht wurde und die Menschlichkeit auf der Strecke geblieben wäre. Nun gilt es diesen Schwung quer durch alle Schichten aufrecht zu erhalten, damit beim nächsten Angriff mit der Initiative «Schweizer Recht vor Völkerrecht» ein weiteres Mal drohendes Ungemach abgewendet werden kann.

Staatsabbau abgewendet
Mit der Ablehnung der missglückten CVP-Initiative ist nun der Weg frei für eine gerechte Individualbesteuerung ohne Staatsabbau und diskriminierende Auswirkungen, welche die Schweiz ins vorletzte Jahrhundert zurück katapultiert hätte. Eine allfällige Annahme hätte nur neue Ungerechtigkeiten geschaffen, dem Staat unnötig Mittel entzogen und Hunderttausende von Menschen aufgrund ihrer Lebensformen diskriminiert.

Schweiz baut schon wieder ein Milliardenloch für die Anderen!
In der Verfassung steht unmissverständlich: Die Transitstrassen-Kapazität im Alpengebiet darf nicht erhöht werden. Der Bundesrat und die Mehrheit des Parlaments haben es geschafft, durch Schlaumeiereien die Stimmbe-

völkerung auszutricksen. Die Schweiz wird mit dem Entscheid für eine fünfte (!) Gotthardröhre noch vor der Inbetriebnahme der NEAT nun definitiv zum Schlupfloch für den ganzen europäischen alpenquerenden Verkehr. Die SP ist von dieser falschen Prioritätensetzung masslos enttäuscht.

Spuk der Spekulation leider noch nicht vorbei
Enttäuscht nimmt die SP auch das Ergebnis zur Spekulationsstopp-Initiative zur Kenntnis, dies trotz unerwartet hohem JA-Stimmenanteil. Eine Chance ist vertan, der Welt zu zeigen, dass es der kleinen und reichen Schweiz ernst damit ist, sich weniger für Geld, dafür mehr für Gerechtigkeit und gegen die Ausbeutung hunger- und notleidender Menschen einzusetzen.

Hochwasserschutz und Revitalisierung: Kredit angenommen!
Hochwasserereignisse gehören zu den häufigsten und teuersten Naturkatastrophen in der Schweiz. Im Kanton Solothurn haben in der Vergangenheit die beiden Flüsse Aare und Emme, zum Teil trotz bestehender früherer Verbauungen, immer wieder massive Schäden verursacht. Die letzten grossen Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekte an der Emme zwischen Gerlafingen und Biberist und an der Aare zwischen Olten und Aarau konnten die Defizite in Bezug auf den Hochwasserschutz deutlich verringern und ermöglichten eine naturgerechtere Gestaltung des Flusslaufs. Die SP freut sich über die klare Annahme des notwendigen Kredites zur Vollendung des Hochwasserschutzes und der Revitalisierung entlang der Emme.

Medienmitteilung vom 2. März 2016

SP reicht Interpellation ein
Hat das Amt für Wirtschaft und Arbeit die Lehrlinge der Stahl Gerlafingen AG im Stich gelassen?

Kurz nach der Aufhebung des Euro-Mindestkurses durch die Schweizerische Nationalbank im Januar 2015 gab die Stahl Gerlafingen bekannt, dass der starke Franken die bereits ohnehin angespannte finanzielle Situation noch verschärfe und dass sie unter diesem Druck gezwungen sei, Massnahmen für ihr Überleben zu treffen.
Im Rahmen dieser Massnahmen kündigte die Stahl Gerlafingen AG vor Kurzem an, bei der Berufsbildung zu sparen und die Lehrwerkstätte zu opfern.
In vorbildlicher Zusammenarbeit hatte die Firmenleitung, gemeinsam mit der Gewerkschaft Unia und dem Staatssekretariat für Wirtschaft, Seco, ein Projekt ausgearbeitet, welches es ermöglicht hätte, die Lehrwerkstätte während zwei Jahren unter dem Titel der arbeitsmarktlichen Massnahmen teilweise über die Arbeitslosenversicherung zu finanzieren. Aus formellen Gründen hätte es nur noch eine zustimmende Stellungnahme des Amtes

für Wirtschaft und Arbeit gebraucht, um dem Projekt zum Durchbruch zu verhelfen.
Aus der Solothurner Zeitung vom 17. Februar 2016, sowie von Beteiligten war zu erfahren, dass das Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Solothurn sich weigerte, diese zustimmende Stellungnahme abzugeben. Dieser Entscheid wurde von der zuständigen Regierungsrätin ausdrücklich mitgetragen. Die Folge davon ist, dass die Lehrwerkstätte der Stahl Gerlafingen geschlossen wird.

In diesem Zusammenhang reicht die SP Fraktion anlässlich der bevorstehenden Session eine Interpellation ein und bittet den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Mit welcher Begründung weigerte sich das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) einem Projekt, welches in Zusammenarbeit mit dem Seco, also der Aufsichtsbehörde der Arbeitslosenversicherung, erarbeitet wurde, eine zustimmende Stellungnahme abzugeben?
2. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIG) sieht ausdrücklich die Möglichkeit vor, Projekte zu unterstützen, die Arbeitsplätze erhalten, bzw. arbeitsmarktliche Massnahmen für Personen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, mitzufinanzieren. Das Gesetz lässt einen breiten Interpretationsspielraum zu. Weshalb wurde von diesen Möglichkeiten kein Gebrauch gemacht?
3. Wurde versucht den gesetzlichen Spielraum der einschlägigen Gesetze und Bestimmungen vollständig auszunutzen? Wenn ja, wie? Wenn nein, weshalb nicht?
4. Welche Risiken wäre der Kanton eingegangen, wenn er zum Projekt eine zustimmende Stellungnahme abgegeben hätte?
5. War der Gesamtregierungsrat in dieses Geschäft involviert und trägt er die ablehnende Haltung des AWA mit?
6. Was unternimmt die Regierung, konkret um der Deindustrialisierung unseres Kantons und dem damit verbundenen Ausbildungs- und Arbeitsplatzabbau entgegen zu halten?
7. Wie stellt sich der Regierungsrat zur Meinung, dass viele industrielle Ausbildungsplätze im Kampf gegen den Fachkräftemangel und gegen die Deindustrialisierung enorm wichtig sind, auch wenn nicht immer alle Lehrstellen besetzt werden können?
8. Was sind die konkreten Massnahmen der Solothurner Regierung zu der im April 2015 von Regierungsrätin Esther Gassler in Aussicht gestellten Industriepolitik?

Medienmitteilung vom 23. März 2016

Wahlen 2017
Peter Gomm kandidiert 2017 nicht für eine vierte Amtsperiode

Seit August 2005 steht Peter Gomm als Regierungsrat des Kantons Solothurn dem Departement des Inneren vor und führt dieses umsichtig und kompetent.

In die Regierungszeit von Peter Gomm fallen viele wichtige Errungenschaften und zukunftsträchtige Projekte zum Wohl der gesamten Bevölkerung, um nur einige zu nennen:

- Einführung Ergänzungsleistungen für Familien
- Verbesserungen bei den Prämienverbilligungen
- Modernisierung der Spitalversorgung
- Einführung Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde
- Justizvollzug mit modernsten Infrastrukturanlagen
- Umsetzung zahlreicher Integrationsmassnahmen
- Erhöhung öffentlicher Sicherheit

Peter Gomm hat die Geschäftsleitung am 23. März über seinen Entscheid informiert. Die Sozialdemokratische Partei bedauert sehr, dass Peter Gomm nicht mehr zur Erneuerungswahl antritt. Ein Grosser, auch national bekannter Staatsmann wird abtreten. Als Präsident der Sozialdirektorenkonferenz hat Gomm auch schweizweit viel bewirkt. Die Partei dankt schon jetzt ihrem Regierungsrat für seine geleisteten Dienste während vieler Jahre und wünscht ihm weiterhin viel Erfolg bei der Ausübung seines Amtes bis Ende Juli 2017.

Für die SP des Kantons Solothurn steht fest, dass sie mit Sicherheit den Sitz in der Regierung halten will. Die SP Kanton Solothurn weiss um einen respektablen Fundus möglicher Persönlichkeiten für den Regierungsrat und wird die Amteiparteien auffordern, die Nominationen für die Gesamterneuerungswahlen zu Handen des Parteitages vorzunehmen.

Medienmitteilung vom 30. März 2016

Rechnung 2015

Nicht budgetierte Mehreinnahmen und hinausgeschobene Investitionen verbessern Ergebnis 2015 - längerfristige Entwicklung der Finanzen wegen USR III besorgniserregend

Die nicht budgetierten Mehreinnahmen durch die Gewinnausschüttung der Nationalbank von 42,9 Mio. Franken tragen wesentlich dazu bei, dass die Rechnung 2015 besser abschliesst als budgetiert. Die SP stellt aber auch fest, dass zur Verbesserung des operativen Ergebnisses um rund 65 Mio. Franken im Vergleich zum Voranschlag 2015 auch ein Mehrertrag bei den Staatssteuern der natürlichen Personen von über 22 Mio. Franken beigetragen hat. Das Ergebnis zeigt, dass das Rückgängimachen der Steuersenkungen Wirkung zeigt und dringend nötig war. Dies zeigt sich auch im

Umstand, dass das für die Defizitbremse relevante Eigenkapital auf 21 Mio. Franken geschrumpft ist. Die Steuereinnahmen der juristischen Personen sind im Vergleich zum Budget leicht angestiegen, vermögen aber die mit der Unternehmenssteuerreform II getätigten Steuererleichterungen nicht zu kompensieren. Andererseits sind die Kosten in nicht beeinflussbaren Bereichen wie der Spitalbehandlungen KVG und den Ergänzungsleistungen AHV/IV höher ausgefallen als budgetiert. Die Umsetzung der Massnahmenpläne und der sorgfältige Umgang mit den finanziellen Mitteln durch die Verwaltung und damit die Nichtausschöpfung von Globalbudgets hat das gute Resultat der Rechnung 2015 positiv beeinflusst. Die hoch budgetierten Investitionen sind offensichtlich nicht ausgeschöpft worden, was aber nur zum Teil mit der Verzögerung des Umbaubeginns der Kantonsschule Olten erklärt ist. Die SP geht davon aus, dass weiterhin die Budgetgenauigkeit verbessert werden könnte.

Mindereinnahmen „dank" USR III

Die Finanzplanung hat es seit 2012 aufgezeigt: Der Kanton Solothurn muss auch in den nächsten Jahren einerseits Mehrausgaben in den Leistungsfeldern Soziales (z.B. Ergänzungsleistungen) und Gesundheit (z.B. Spitalbehandlungskosten KVG) und andererseits Mindereinnahmen als Folge der unnötigen Steuergeschenke an die Vermögenden verkraften. Die kurzfristige Verbesserung des operativen Ergebnisses für das Jahr 2015 und wahrscheinlich auch für das laufende Jahr dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Kanton Solothurn künftig mit massiven Mindereinnahmen konfrontiert wird, welche die Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III bringt. Der Regierungsrat hat im IAFP 2017 - 2020 bereits einen wesentlichen Ertragsrückgang bei den juristischen Personen eingerechnet. Damit würden bereits die bisherigen Sparanstrengungen in naher Zukunft zu Nichte gemacht und ein strukturelles Defizit von rund 100 Mio. Franken droht. Die SP wird sich gegen alle Steuersenkungen im Zusammenhang mit der USR III, die über das Nötigste hinausgehen, wehren.

Entlastung von kleinen und mittleren Einkommen

Die SP fordert bereits heute, dass auf kantonaler Ebene Kompensationen auf der Einnahmenseite aber auch Kompensationsleistungen für kleine und mittlere Einkommen geprüft und im Zusammenhang mit der Umsetzung der USR III umgesetzt werden. Gerade im Bereich der Vermögens- und der Dividendenbesteuerung sind Korrekturen nötig und entsprechende Erleichterungen der vergangenen Steuergesetzrevisionen müssen nun wieder rückgängig gemacht werden. Eine einseitige Steuerstrategie auf dem Buckel der kleinen und mittleren Einkommen ist für die SP ungerecht und führt zu unnötigen Steuerausfällen. Der Kanton Solothurn soll auch künftig seine Aufgaben in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales und Umwelt verantwortungsvoll erfüllen können.

Pressekonferenzen

Die Partei hat in den Berichtsjahren insgesamt 2 Pressekonferenzen in eigener Sache organisiert.

Für den 20. Februar 2015 lud die Partei zum Projektbeschrieb «125 Jahre SP Kanton Solothurn – Momentaufnahmen»
Alle Unterlagen zum Jubiläumsjahr sind archiviert und können auf http://www.sp-so.ch/125jahre gesichtet werden.
Für den 26. Juni 2015 organisierte die SP ihre traditionelle Legislaturhalbzeitbilanz mit fünf Teilnehmenden. Die Presse hat sich im Vorfeld abgemeldet, so dass die öffentliche Präsentation abgesagt werden musste. Alle Unterlage können gesichtet werden unter:
http://www.sp-so.ch/no_active_menu_item_found/legislaturhalbzeitbilanz

An zahlreichen weiteren Pressekonferenzen im Zusammenhang mit kantonalen und nationalen Kampagnen und in Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Organisationen hat die SP teilgenommen.

Anlässe

Aktuell aus Bern mit Bea Heim, Philipp Hadorn und Roberto Zanetti

2014
13. März in Biberist / 12. Juni in Dulliken
18. September in Lohn Ammannsegg / 4. Dezember in Himmelried

2015
12. März in Balsthal / 11. Juni in Hofstetten
17. September in Starrkirch-Wil / 10. Dezember in Obergerlafingen

2016
2. März in Rodersdorf

Sektionentreff
25. September in Balsthal, Restaurant Burg
Der Anlass wurde infolge weniger Anmeldungen abgesagt

Willi Ritschard-Bildungswerkstatt (WRB)
21./29. März 2014 in Solothurn
«Die EU als Herausforderung – nicht nur für die Schweiz»

29. August / 5. September 2014 in Grenchen
«Weshalb brauchen wir Utopien? Wie können wir sie realistisch und für unsere alltägliche Praxis einsetzen?»

14./22. November 2014 in Olten
«Die Geschichte und der Wandel der Linken in der Schweiz und darüber hinaus.»

13./21. Februar 2015 in Solothurn
«Die unvollendete Demokratie: welche notwendigen Reformen sind unsere Prioritäten?»

26. Juni / 4. Juli 2015
«Wie kann sich Europa finden? Tendenzen und Hindernisse auf dem Weg zu einer europäischen Demokratie»

28. August / 5. September 2015
«Solothurner sozialdemokratische Politik als Utopie: Was könnte wie anders und besser werden?»

8./16. Januar 2016 in Solothurn
«Was bedeutet der Sozialismus heute und für die tägliche politische Arbeit? Neue Ideen für ein altes Projekt»

1./22. April / 14. Mai 2016 in Grenchen / Trimbach / Oensingen
«Demokratie und Europäische Integration in der Krise:
Wie zusammenkommen können, was einander für eine bessere Zukunft benötigt»

OK 125 Jahre SP Kanton Solothurn

Die Geschäftsleitung der SP beschloss am 4. September 2013 für die Feierlichkeiten ihres 125-jährigen Jubiläums ein Organisationskomitee einzusetzen. Dieses setzte sich wie folgt zusammen:

Susanne Schaffner-Hess (Präsidentin), Christine Bigolin, Luzia Stocker, Edna Baumgartner Guggisberg, Franziska Roth, Heinz Glauser, Roberto Zanetti, Martin Schaffner, Peter Gomm, Hardy Jäggi, Fabian Hosner, Marcel Chatelain, David Kummer

Es fanden 14 Sitzungen statt.

Anlässe im Rahmen des Jubiläums:

- 20. Februar: Pressekonferenz in Solothurn

- 06. Mai: Pflanzung einer Friedenslinde in Bolken
- 27. Juni: Einweihung Otto Stich-Platz in Dornach mit Plakatausstellung

- 13. August: Podium in Solothurn «Schwarz-Gelb-Roth» mit Urban Fink-Wagner, Remo Ankli, Peter Heim

- 29. August: Jubiläumsfest in Solothurn mit Bundesrat Alain Berset und Parteipräsident Christian Levrat mit Festwirtschaft, Rahmenprogramm und Plakatausstellung

- 05. September: Peter Bichsel liest – in Olten mit Plakatausstellung

- 12. November: Finissage in Grenchen mit Plakatausstellung, Führung im Kulturhistorischen Museum «100 Jahre Grenchenbergtunnel», Filmpräsentationen, Vorstellung der Jubiläumsbroschüre

Rückblick auf das Jubiläumsjahr anlässlich der Finissage in Grenchen

Susanne Schaffner-Hess, OK-Präsidentin

Vor 25 Jahren war ich bereits in das Jubiläumsjahr „100 Jahr SP Kanton Solothurn" involviert, und es ist uns allen in bleibender Erinnerung geblieben: Die Theaterinszenierung „Generalstreik" war für alle Beteiligten ein unvergessliches Erlebnis.
Wenn ich jetzt auf das 125-Jahre-Jubiläum zurückblicke, bin ich überzeugt, dass auch dieses Jubiläumsjahr noch lange nachwirken wird.
Die Vorbereitungsarbeiten haben bereits im 2014 begonnen, das OK hat sich formiert und ist von vielen Mithelfenden unterstützt worden. Dank dem unermüdlichen und grossartigen Einsatz aller Beteiligten ist das Jubiläumsjahr eine Erfolgsgeschichte geworden.
Die Idee historische Momentaufnahmen zu präsentieren, war das eine. Die konkrete Umsetzung das andere. Wir hätten nie gedacht, dass wir es wirklich schaffen und das Projekt eine solch phänomenale Eigendynamik bekommen würde.

Am Anfang war die Idee Fotos von Persönlichkeiten der letzten 125 Jahre zu präsentieren. Am Schluss haben wir eine Plakatserie und Videos mit Momentaufnahmen realisiert: Grütlianer, Gründung, Gleichstellung, Generalstreik. Regierungsrat Jacques Schmid, einer der prägendsten Figuren, aber nur wenigen bekannt. Und zum Schluss die Atomdebatte in den 70er Jahren, welche die SP in Atombefürworter und Atomgegner spaltete. Mittendrin Bundesrat Willi Ritschard.
Mit dem ersten Plakat, dem Rütlischwur von Arbeiter, Bauer und Intellektuellem haben wir provoziert und mediale Aufmerksamkeit erreicht. Der Generalstreik wird 2018 in Olten gefeiert, für uns hat die Historikerin Edith Hiltbrunner in einem interessanten Video die Ereignisse von 1918 in der Region Grenchen-Solothurn beleuchtet. Zum Thema Gleichstellung sind zwei wichtige Frauen unserer Partei zu Wort gekommen. Die gut recherchierte Momentaufnahme zur Atomdebatte wartete mit neuen Aspekten und überraschendem Quellenmaterial auf. Das Video dazu ist das mit Abstand meist beachtete der Serie.

Die historischen Beiträge führten auch zur Idee eines überparteilichen Historiker-Gesprächs. Remo Ankli, Manfred Fink und Peter Heim diskutierten unter der Leitung von Christian von Arx über die Anfänge und Gemeinsamkeiten von rot, gelb und schwarz. Ein gut besuchter und spannender Abend, der viel zu schnell zu Ende ging.

Mit Peter Bichsel konnten wir in Olten eine eindrückliche Lesung eines erfolgreichen Autors, der seit Jahrzehnten ein treuer und kritischer Begleiter unserer Partei ist. Das Publikumsinteresse für diesen Anlass war gross.

Wir, das **OK**, können stolz sein, was wir in diesem Jahr alles geschaffen haben. Es gab viel Neues zu erfahren über unsere Geschichte und über starke Persönlichkeiten unserer Partei. Die in diesem Jahr geschaffenen Dokumente wird man auch in den nächsten Jahren immer wieder hervornehmen können. Die Momentaufnahmen, das heisst die Texte, die Bilder, der Broschüre und die Videos sind nicht nur für den Moment geschaffen worden, sondern für die Zukunft.

Christian Levrat hat mir an der Jubiläumsfeier gesagt, es habe schon viele Kantonalparteien gegeben, die versucht hätten Historisches zu präsentieren und öffentlich zu machen in einem Jubiläumsjahr. Wir hätten es aber mit der hohen Qualität der Publikationen geschafft, eine öffentliche Wirkung zu erzielen. Das Kompliment gebe ich natürlich an das OK und die Parteileitung weiter und an die Schaffer hinter dem Projekt allen voran Martin Schaffner, der die Momentaufnahmen geplant und realisiert und auch die Broschüre konzipiert und begleitet hat. Dank der fachkundigen Unterstützung der beteiligten Historikerinnen und Historiker, allen voran Peter Heim, sind die Momentaufnahmen auch verlässliche Dokumente.

Der Höhepunkt des Jahres war das wunderbare, stilvolle Jubiläumsfest am 28. August. Besser hätte es nicht sein können. Es blieb auch für unsere Parteimitglieder in schönster Erinnerung. Es hat gezeigt, dass wir innerhalb der Partei eine Gemeinschaft sind. Wir hatten Freude an den vielen Gästen und den eindrücklichen Reden. Die unzähligen Helferinnen und

Helfer gaben alles und wir vom OK sagen nochmals danke für den grossartigen Einsatz.

Ich bin überzeugt, dass wir mit dem Jubiläumsjahr auch zum guten Abschneiden bei den Nationalrats-Wahlen beigetragen haben. Der Rückblick hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, für unsere Positionen einzustehen, die soziale Frage immer und immer wieder in den Vordergrund zu stellen. Das war schon immer und bleibt auch künftig unsere wichtigste Aufgabe.

Umso wichtiger ist es, dass wir auch in den kommenden Jahren mit unseren besten Köpfen für soziale Gerechtigkeit kämpfen. Eine entspannte Erfolgsbilanz konnten wir erst nach unserem Jubiläumsfest ziehen, nach unserem guten Abschneiden bei den Nationalratswahlen und nachdem Roberto Zanetti schliesslich als Ständerat bestätigt worden war.

Besten Dank an alle die sich für unsere Partei und für unsere Anliegen einsetzen und die in diesem Jahr bei den Jubiläumsaktivitäten und bei den Wahlen mitgeholfen haben.

Wahlausschuss 2015

Für die National- und Ständeratswahlen vom 18. Oktober 2015

Mitglieder: Niklaus Wepfer (Leitung), Hardy Jäggi (Präsidium/Wasseramt-Bucheggberg)), Matthias Enggist (JUSO), Irene Meier-Reber (Dorneck-Thierstein), Daniel Weibel (Solothurn-Lebern), Heinz von Arb (Thal-Gäu)

Es fanden 8 Wahlausschusssitzungen statt

Geschäftsleitung

Im Jahr 2014 wurden 6 GL-Sitzungen durchgeführt
Im Jahr 2015 wurden 6 GL-Sitzungen durchgeführt
Im Jahr 2016 wurden bis Ende April 2 GL-Sitzungen durchgeführt

Die Geschäftsleitung setzt sich Ende der Amtszeit wie folgt zusammen:

Parteipräsidium: Franziska Roth
Geschäftsleitung: Hardy Jäggi (VP), Markus Ammann (Fraktion), Irene Meier (Dorneck-Thierstein), Dieter Ulrich + Edwin Loncar (Olten-Gösgen), Daniela Gerspacher und Heinz von Arb (Thal-Gäu), Max Schmid (Bucheggberg), Mathias Stricker (Solothurn-Lebern), Matthias Enggist (Juso), Peter Gomm (Regierungsrat), Roberto Zanetti (Ständerat), Bea Heim und Philipp Hadorn (Nationalrat), Niklaus Wepfer (Parteisekretär)

Und die weiteren Gremien:

Rechnungsprüfungskommission:
Fatma Tekol, Thomas Marbet, Simon Bürki
Beschwerde- und Schiedskommission:
Evelyn Borer, Lisbeth Hartmann, Roland Walter
Delegierten der SPS:
Hermann Fenzel, Joel Mussilier, Urs Huber, Trudi Stadelmann, Bea Widmer Strähl, Fritz Dietiker, Daniela Gerspacher, Christoph Heinrichs, Irene Meier-Reber, Walter Uebelhart, Bruno Affolter,
Koordinationskonferenz (sind auch Delegierte):
Franziska Roth, Niklaus Wepfer

Vernehmlassungen

2014

- «Projekt HRM2 – Einwohnergemeinden; Einführung harmonisiertes Rechnungslegungsmodell (HRM2) bei den Einwohnergemeinden, Änderung des Gemeindegesetzes»
- «Anpassungen bei der Gerichtsorganisation und im Verfahrensrecht»
- «Gesetz über die Einwohner- und Stimmregisterplattform»
- «Anpassungen im Beurkundungsrecht»
- «Teilrevision des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern»

2015

- «Totalrevision des Jagdgesetzes sowie zur Änderung des Fischereigesetzes und des Gebührentarifs»
- «Gesamtüberprüfung kantonaler Richtplan»
- «Gesetz über den Ausgleich raumplanungsbedingter Vor- und Nachteile (Raumplanungsausgleichsgesetz)»

2016

- «Gesetz über den tiefen Untergrund und Bodenschätze (GUB)»
- «Mitwirkung vertiefte Studie Weissensteintunnel»

Weitere Infos:

- http://www.sp-so.ch/
- http://www.wrb-so.ch/
- https://www.facebook.com/spsolothurn
- https://twitter.com/spsolothurn
- https://www.youtube.com/user/SPSolothurn
- Mail: info@sp-so.ch
- Telefon: 032 622 07 77

Momentaufnahmen aus 125 Jahren SP Kanton Solothurn

Die Plakate für sich allein sind, was Plakate sein sollen: nämlich plakativ. Sie laden aber ein, auf der Website die Geschichte dahinter zu lesen oder das dazugehörende Video anzuschauen.

http://www.sp-so.ch/125jahre

Vom Umfang her sind die Momentaufnahmen nicht vergleichbar mit dem geradezu epochalen Werk des leider verstorbenen Historikers Jean-Maurice Lätt, das vor 25 Jahren unter dem Titel „120 Jahre Arbeiterbewegung des Kantons Solothurn" erschienen war und auch heute noch sehr lesenswert ist.